

Adam Tooze

**WELT IM  
LOCKDOWN**

**UNKORRIGIERTE LESEPROBE**

Sperrfrist für Rezensionen:  
16. September 2021

Die Veröffentlichung einer Rezension vor Ablauf  
der Sperrfrist ist nur mit vorheriger schriftlicher  
Genehmigung des Verlags C.H.Beck erlaubt.



Adam Tooze

**WELT IM  
LOCKDOWN**

**DIE GLOBALE KRISE  
UND IHRE FOLGEN**

Aus dem Englischen  
von Andreas Wirthensohn

**C.H.Beck**

Titel der englischen Originalausgabe:  
«Shutdown. How Covid shook the world's economy»  
Erscheint 2021 bei Allen Lane, London, einem Imprint  
von Penguin Random House UK.  
© Adam Tooze, 2021

Für die deutsche Ausgabe:  
© Verlag C.H.Beck oHG, München 2021  
[www.chbeck.de](http://www.chbeck.de)  
Umschlaggestaltung: Rothfos & Gabler, Hamburg  
Satz: Janß GmbH, Pfungstadt  
Druck und Bindung: Beltz, Bad Langensalza GmbH  
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)  
Printed in Germany  
Werbemittel-Nummer 258085



klimaneutral produziert  
[www.beck.de/nachhaltig](http://www.beck.de/nachhaltig)

# INHALT

Einleitung 000

## TEIL I

### **KRANKHEIT X**

000

1. Organisierte Unverantwortlichkeit 000
2. Wuhan, nicht Tschernobyl 000
3. Februar: Zeitverschwendung 000
4. März: Weltweiter Lockdown 000

## TEIL II

### **EINE GLOBALE KRISE OHNE BEISPIEL**

000

5. Im freien Fall 000
6. Noch einmal: «Whatever it takes» 000
7. Die Wirtschaft auf der Intensivstation 000
8. Der Werkzeugkasten 000

## TEIL III

### **EIN HEISSER SOMMER**

000

9. NextGenerationEU 000
10. China: Das Momentum 000
11. Amerikas nationale Krise 000

TEIL IV

**INTERREGNUM**

000

<b>12.</b> Wettlauf um den Impfstoff	<b>000</b>
<b>13.</b> Schuldenerlass	<b>000</b>
<b>14.</b> Fortgeschrittene Volkswirtschaften: Geldhähne auf:	<b>000</b>
 Schluss	 <b>000</b>

**ANHANG**

Danksagung	<b>000</b>
Anmerkungen	<b>000</b>
Register	<b>000</b>

## ZUM BUCH

«Während der Klimawandel uns dazu veranlasste, unseren Geist auf planetarische Dimension auszudehnen und eine Agenda in Form von Jahrzehnten aufzustellen, war das Virus mikroskopisch klein, allgegenwärtig und bewegte sich mit einer Geschwindigkeit von Tagen und Wochen. Es betraf nicht nur Gletscher und Meeresfluten, sondern unsere Körper. Es wurde mit unserem Atem übertragen. Es sollte nicht nur einzelne Volkswirtschaften, sondern die gesamte Weltwirtschaft in Frage stellen.»

Adam Tooze erzählt in seinem atemberaubenden Buch die Geschichte der zwölf Monate vom Januar 2020 bis Januar 2021. Am Anfang gibt Xi Jinping der Weltöffentlichkeit bekannt, dass sich in China ein tödliches neues Virus ausbreitet. Am Ende zieht Joe Biden als Nachfolger von Donald Trump ins Weiße Haus ein. Dazwischen liegen die Schockwellen einer verheerenden Pandemie, die keinen Kontinent, kein Land und keine Bevölkerung ungeschoren lässt. Doch der brillante Wirtschaftshistoriker schildert nicht nur sehr präzise, wie und warum Staaten und nationale Ökonomien auf jeweils eigene Weise und mit sehr unterschiedlichen Resultaten auf das Geschehen reagiert haben. Er tut etwas, das neu ist: Er analysiert die Pandemie im Kontext der anderen großen Krisen unserer Zeit, von der weiter schwelenden Finanzkrise über die Klimakrise bis zur Flüchtlingskrise. «Welt im Lockdown» ist eine tiefenscharfe Diagnose der Gegenwart und ein Buch, aus dem man lernen kann, wie die globalisierte Welt funktioniert, in der wir heute leben.



© mauritius images/lain Masterton/Alamy



## ÜBER DEN AUTOR

Adam Tooze wurde in London geboren und wuchs zwischen England und Heidelberg auf. Er ist Autor der vielgepriesenen Bücher «Ökonomie der Zerstörung», «Sintflut» und «Crashed» und gilt als einer der führenden Wirtschaftshistoriker unserer Zeit. Nach Stationen in Cambridge und Yale lehrt er heute als Professor für Geschichte an der Columbia University in New York. Seine Arbeiten wurden mehrfach preisgekrönt, u. a. mit dem renommierten Wolfson Preis für Geschichte sowie dem Preis «Das Historische Buch» von H-Soz-Kult. Seine Bücher wurden in elf Sprachen übersetzt.



## EINLEITUNG

Wenn es ein Wort gibt, das die Erfahrung des Jahres 2020 zusammenfasst, dann ist es Ungläubigkeit.

Zwischen Xi Jinpings öffentlichem Eingeständnis des Coronavirus-Ausbruchs am 20. Januar 2020 und Joseph Bidens Amtseinführung als 46. Präsident der Vereinigten Staaten genau ein Jahr später, am 20. Januar 2021, wurde die Welt von einer Krankheit erschüttert, die innerhalb von zwölf Monaten mehr als 2,2 Millionen Menschen tötete und Dutzende Millionen schwer krank machte. Die Gefahr, die von ihr ausging, störte die tägliche Routine praktisch aller Menschen auf dem Planeten, brachte einen Großteil des öffentlichen Lebens zum Erliegen, führte zu Schulschließungen, trennte Familien, unterbrach den Reiseverkehr innerhalb und zwischen Ländern und brachte die Weltwirtschaft ins Wanken. Um die Auswirkungen einzudämmen, nahm die staatliche Unterstützung für Haushalte, Unternehmen und Märkte Ausmaße an, wie es sie außerhalb von Kriegszeiten noch nicht gegeben hatte. Es handelte sich nicht nur um die bei weitem schärfste wirtschaftliche Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg, sie war auch qualitativ einzigartig. Nie zuvor hatte es eine kollektive Entscheidung gegeben, wie zufällig und ungleichmäßig sie auch ausfallen mochte, große Teile der Weltwirtschaft stillzulegen. Es war, wie es der Internationale Währungsfonds (IWF) ausdrückte, «eine Krise ohne Beispiel».<sup>1</sup>

Das Virus war der Auslöser. Aber noch bevor wir wussten, was uns da ereilen würde, gab es durchaus Grund zu der Annahme, dass das Jahr 2020 stürmisch werden könnte. Der Konflikt zwischen China und den USA kochte hoch.<sup>2</sup> Ein «neuer Kalter Krieg» lag in der Luft. Das globale Wachstum hatte sich 2019 stark verlangsamt. Der IWF sorgte sich um die destabilisierende Wirkung, die geopolitische Spannungen auf die hoch verschuldete Weltwirtschaft haben konnten.<sup>3</sup> Ökonomen entwickelten neue statistische Indikatoren, um die Unsicherheit zu erfassen, die Investitionen hemmte.<sup>4</sup> Die Daten deuteten stark darauf hin, dass die

Ursache der Probleme im Weißen Haus lag.<sup>5</sup> Der 45. amerikanische Präsident, Donald Trump, hatte es geschafft, sich zu einer ungesunden globalen Obsession zu entwickeln. Er stand im November zur Wiederwahl und schien den Wahlvorgang unter allen Umständen diskreditieren zu wollen, selbst wenn er zu einem Sieg führen sollte. Nicht umsonst lautete das Motto der Münchner Sicherheitskonferenz – dem Davos für nationale Sicherheitsleute – 2020 «Westlessness».<sup>6</sup>

Neben den Sorgen um Washington lief die Uhr für die endlosen Brexit-Verhandlungen ab. Noch beunruhigender für Europa war gleich zu Beginn des Jahres 2020 die Aussicht auf eine neue Flüchtlingskrise.<sup>7</sup> Im Hintergrund lauerten sowohl die Gefahr einer endgültigen grausamen Eskalation des syrischen Bürgerkriegs als auch das immer drängendere Problem der Unterentwicklung. Die einzige Möglichkeit, dies zu beheben, bestand darin, Investitionen und Wachstum im globalen Süden anzukurbeln. Der Kapitalfluss war jedoch sowohl instabil als auch ungleich verteilt. Ende 2019 stand die Hälfte der Kreditnehmer mit den niedrigsten Einkommen in Afrika südlich der Sahara bereits kurz vor der Zahlungsunfähigkeit.<sup>8</sup>

Und mehr Wachstum war kein Allheilmittel. Es brachte mehr Umweltbelastungen mit sich. 2020 sollte ein entscheidendes Jahr in der Klimapolitik werden. Die UN-Klimakonferenz COP26 sollte nur wenige Tage nach der US-Wahl in Glasgow tagen.<sup>9</sup> Sie sollte den fünften Jahrestag des Pariser Klimaabkommens markieren. Sollte Trump gewinnen, was zu Beginn des Jahres durchaus möglich schien, würde die Zukunft des Planeten auf dem Spiel stehen.

Das allgegenwärtige Gefühl von Risiko und Angst, das die Weltwirtschaft umgab, bedeutete eine bemerkenswerte Umkehrung. Noch vor nicht allzu langer Zeit schienen der scheinbare Triumph des Westens im Kalten Krieg, der Aufstieg der Finanzmärkte, die Wunder der Informationstechnologie und der sich ausweitende Orbit des Wirtschaftswachstums die Stellung der kapitalistischen Wirtschaft als alles erobernder Triebkraft der modernen Geschichte zu zementieren.<sup>10</sup> In den 1990er Jahren war die Antwort auf die meisten politischen Fragen scheinbar einfach gewesen: «It's the economy, stupid!»<sup>11</sup> Da das Wirtschaftswachstum das Leben von Milliarden von Menschen veränderte, gab es, wie Margaret Thatcher zu sagen pflegte, «keine Alternative». Das heißt, es gab keine Alternative zu einer Ordnung, die auf Privatisierung, dezentraler

Regulierung und der Freiheit des Kapital- und Warenverkehrs basierte. Noch im Jahr 2005 konnte Großbritanniens Premierminister Tony Blair erklären, über die Globalisierung zu streiten sei genauso sinnvoll wie darüber, ob auf den Sommer der Herbst folgen sollte.<sup>12</sup>

Im Jahr 2020 standen sowohl die Globalisierung als auch die Jahreszeiten dezidiert in Frage. Die Wirtschaft war nun nicht mehr die Antwort, sondern die Frage. Die offensichtliche Antwort auf «It's the economy, stupid!» war «Whose economy?», «Which economy?» oder sogar «What's the economy?». Eine Reihe tiefgreifender Krisen – beginnend in Asien in den späten 1990er Jahren über das atlantische Finanzsystem im Jahr 2008 und die Eurozone im Jahr 2010 bis zu den globalen Rohstoffproduzenten im Jahr 2014 – hatte das Vertrauen in die Marktwirtschaft erschüttert.<sup>13</sup> All diese Krisen wurden überwunden, allerdings mittels Staatsausgaben und Interventionen der Zentralbanken, die fest verankerte Grundsätze über «small government» und «unabhängige» Zentralbanken auf den Kopf stellten. Und wer profitierte davon? Während die Gewinne in private Taschen flossen, wurden die Verluste sozialisiert. Die Krisen waren durch Spekulation ausgelöst worden. Das Ausmaß der Interventionen, die notwendig waren, um sie zu stabilisieren, war historisch. Dennoch wuchs der Reichtum der globalen Elite weiter an. Wen konnte es überraschen, so die mittlerweile gängige Frage, wenn die wachsende Ungleichheit zu populistischen Unruhen führte?<sup>14</sup> Viele Brexiteers und Trump-Wähler wollten einfach nur «ihre» Volkswirtschaft zurückhaben.

Unterdessen raubte Chinas spektakulärer Aufstieg dem Wirtschaftswachstum in einem anderen Sinne seine Unschuld. Es war nicht mehr klar, dass die großen Götter des Wachstums auf der Seite des Westens standen. Das, so stellte sich heraus, brachte eine zentrale Annahme ins Wanken, auf der der Washington-Konsens beruhte. Bald würde Amerika nicht mehr die Nummer eins sein. Tatsächlich wurde immer deutlicher, dass die Götter, zumindest die Naturgöttin Gaia, mit dem Wirtschaftswachstum ganz und gar nicht einverstanden waren.<sup>15</sup> Der Klimawandel, der einst nur die Umweltbewegung beschäftigt hatte, wurde zum Sinnbild für ein umfassenderes Ungleichgewicht zwischen Natur und Menschheit. Das Gerede von «Green Deals» und gerechten Energiewenden war allgegenwärtig.

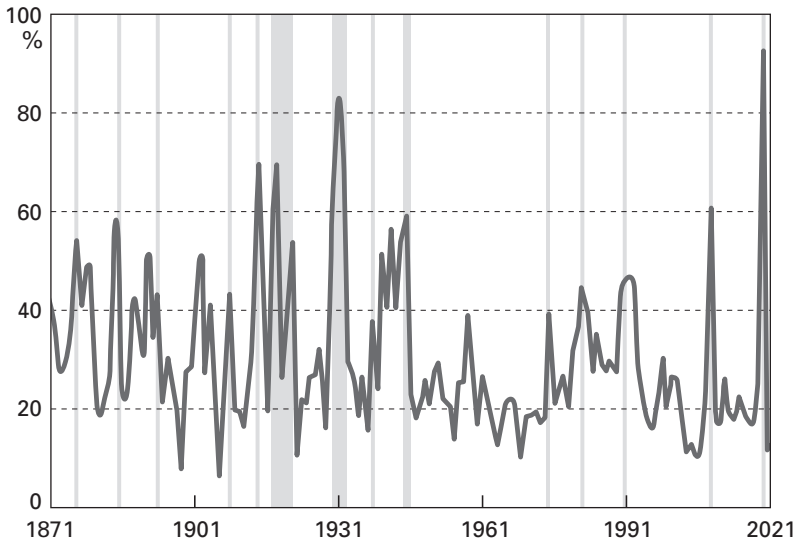
Dann, im Januar 2020, kam die Nachricht aus Peking. China sah sich mit einer ausgewachsenen Epidemie eines neuartigen Coronavirus

konfrontiert. Zu diesem Zeitpunkt war die Sache bereits schlimmer als der Ausbruch von SARS, der einem 2003 Schauer über den Rücken gejagt hatte. Es war der natürliche «Blowback», vor dem Umweltschützer schon lange gewarnt hatten, aber während der Klimawandel uns dazu veranlasste, unseren Geist auf planetarische Dimensionen auszudehnen und eine Agenda in Form von Jahrzehnten aufzustellen, war das Virus mikroskopisch klein, allgegenwärtig und bewegte sich mit einer Geschwindigkeit von Tagen und Wochen. Es betraf nicht Gletscher und Meeresfluten, sondern unsere Körper. Es wurde mit unserem Atem übertragen. Es sollte nicht nur einzelne Volkswirtschaften, sondern die gesamte Weltwirtschaft in Frage stellen.

## I.

Das Virus, das im Januar 2020 die Bezeichnung SARS-CoV-2 erhalten sollte, war kein schwarzer Schwan, kein radikal unerwartetes, unwahrscheinliches Ereignis. Es war vielmehr ein graues Nashorn, ein Risiko, das so selbstverständlich geworden ist, dass es unterschätzt wird.<sup>16</sup> Als es aus dem Schatten auftauchte, hatte das graue Nashorn SARS-CoV-2 das Aussehen einer prognostizierten Katastrophe. Es war genau die Art von hochansteckender, grippeähnlicher Infektion, die Virologen vorhergesagt hatten. Es kam von einem der Orte, die sie als Ausgangspunkt erwartet hatten – der Fledermausregion, die sich über Ostasien erstreckt.<sup>17</sup> Es verbreitete sich, wie vorherzusehen war, über die globalen Verkehrs- und Kommunikationskanäle. Es hatte offen gesagt ohnehin ziemlich lange gedauert.

In den Wirtschaftswissenschaften ist viel über den «China-Schock» diskutiert worden – die Auswirkungen der Globalisierung und des plötzlichen Anstiegs der Importe aus China in den frühen 2000er Jahren auf die westlichen Arbeitsmärkte.<sup>18</sup> SARS-CoV-2 war ein «China-Schock», und zwar ein ziemlich heftiger. Schon zu Zeiten der Seidenstraße waren Infektionskrankheiten quer durch Eurasien von Ost nach West geirrt. In früheren Zeiten war ihre Ausbreitung durch das langsame Reisetempo begrenzt gewesen. Im Zeitalter der Segelschifffahrt starben die Krankheitsüberträger meist schon unterwegs. Im Jahr 2020 bewegte sich das Corona-



**Grafik 1**  
**Ökonomien mit Schrumpfungen beim BIP pro Kopf**

Hinweis: Anteil von Volkswirtschaften mit einem jährlichen Rückgang beim Pro-Kopf-BIP. Schattierte Bereiche verweisen auf eine globale Rezession. Die Zahlen für 2020/21 sind Prognosen.

Quelle: A. Kose/N. Sugawara, Understanding the depth of the 2020 global recession in 5 charts, World Bank Blogs, 15. Juni 2020.

virus mit der Geschwindigkeit des Jets und des Hochgeschwindigkeitszugs. Das Wuhan des Jahres 2020 war eine wohlhabende Metropole mit vielen erst jüngst zugewanderten Bewohnern. Die Hälfte der Bevölkerung wollte die Stadt verlassen, um das chinesische Neujahrsfest zu feiern. SARS-CoV<sub>2</sub> brauchte nur wenige Wochen, um sich von Wuhan aus in ganz China und in weiten Teilen der übrigen Welt zu verbreiten.

Ein Jahr später, Ende Januar 2021, waren mehr als 2,2 Millionen Menschen tot und die Weltwirtschaft hatte einen Zusammenbruch erlitten, wie wir ihn noch nie zuvor erlebt haben. In der Geschichte des modernen Kapitalismus hat es noch nie einen Moment gegeben, in dem fast 95 % der Volkswirtschaften auf der Welt gleichzeitig einen Rückgang des Pro-Kopf-BIP zu verkraften hatten, wie es in der ersten Hälfte des Jahres 2020 der Fall war.

Mehr als drei Milliarden Erwerbstätige im Erwachsenenalter wurden in Zwangsurlaub geschickt oder mussten von zu Hause aus arbei-

ten.<sup>19</sup> Fast 1,6 Milliarden junge Menschen auf der ganzen Welt mussten ihre Ausbildung unterbrechen.<sup>20</sup> Ganz abgesehen von der beispiellosen Erschütterung des Familienlebens schätzte die Weltbank, dass sich der Verlust an Lebenseinkommen aufgrund des entgangenen Humankapitals auf 10 Billionen US-Dollar belaufen könnte.<sup>21</sup> Die Tatsache, dass die Welt kollektiv diesen Stillstand gewollt hat, unterscheidet diese Rezession grundlegend von allen vorherigen. Nachzuzeichnen, wer wo und unter welchen Bedingungen die Entscheidungen getroffen hat, ist eine wichtige Aufgabe dieses Buches.

Es war, wie wir alle erfahren mussten, eine Erschütterung, die weit über alles hinausging, was sich in Statistiken über BIP, Handel und Arbeitslosigkeit erfassen lässt. Die meisten Menschen hatten noch nie eine so schwerwiegende Unterbrechung ihres Alltagslebens erlebt. Sie verursachte Stress, Depressionen und psychische Ängste. Ende 2020 widmete sich der größte Teil der wissenschaftlichen Forschung zum Thema COVID den Auswirkungen auf die psychische Gesundheit.<sup>22</sup>

Wie die Krise erlebt wurde, hing vom jeweiligen Standort und der Nationalität ab. In Großbritannien und den USA wurde das Jahr 2020 nicht nur als Notstand im Gesundheitswesen oder als schwere Rezession erlebt, sondern als Höhepunkt einer ganzen Periode eskalierender nationaler Krisen, die sich in die Begriffe «Trump» und «Brexit» fassen ließen. Wie konnten Länder, die sich einst der globalen Hegemonie rühmten und in Sachen öffentliche Gesundheit unangefochten führend waren, bei der Bewältigung der Pandemie so sehr versagen? Das musste Ausdruck einer tiefer liegenden Krankheit sein.<sup>23</sup> Vielleicht war es ihre gemeinsame Begeisterung für den Neoliberalismus? Oder die Kulmination eines jahrzehntelangen Niedergangsprozesses? Oder die Insellage ihrer politischen Kulturen?<sup>24</sup>

In der EU ist «Polykrise» ein Begriff, der im letzten Jahrzehnt in Gebrauch gekommen ist. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker entlehnte ihn von dem französischen Komplexitätstheoretiker Edgar Morin.<sup>25</sup> Juncker wollte damit die Krisenkonvergenz zwischen 2010 und 2016 bezeichnen, die Krise der Eurozone, den Konflikt in der Ukraine, die Flüchtlingskrise, den Brexit und den europaweiten Aufstieg des nationalistischen Populismus.<sup>26</sup>

Der Begriff der Polykrise erfasst das Zusammentreffen verschiedener Krisen recht genau, sagt aber nicht viel darüber aus, auf welche Weise sie



zusammenwirken.<sup>27</sup> Im Januar 2019 hielt Chinas Präsident Xi Jinping eine viel beachtete Rede über die Pflicht der Kader der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), sowohl schwarze Schwäne als auch graue Nashörner zu antizipieren.<sup>28</sup> Im selben Sommer veröffentlichten *Study Times* und *Qiushi*, die beiden Zeitschriften, über die die KPCh ihren eher intellektuellen Kadern doktrinäre Erläuterungen übermittelt, einen Aufsatz von Chen Yixin, der Xis aphoristische Beobachtungen näher erläuterte. Chen ist ein Protegé von Xi Jinping und wurde während der Corona-Krise dazu auserkoren, die Aufräumarbeiten der Partei in der Provinz Hubei zu leiten.<sup>29</sup> In seinem Aufsatz von 2019 stellte Chen die Frage: Wie wirkten die Risiken zusammen? Wie verwandelten sich wirtschaftliche und finanzielle Risiken in politische und soziale Risiken? Wie haben sich «Cyberspace-Risiken» zu «tatsächlichen sozialen Risiken» zusammengebraut? Wie wurden externe Risiken internalisiert?

Um zu verstehen, wie sich Polykrisen entwickeln, schlug Chen vor, dass sich Chinas Sicherheitsverantwortliche auf «sechs Haupteffekte» konzentrieren sollten.

Da China ins Zentrum der Weltbühne gerückt sei, sollten sie sich vor einem «Rückfluss» von Interaktionen mit der Außenwelt schützen.

Gleichzeitig sollten sie auf die «Konvergenz» von oberflächlich betrachtet unterschiedlichen Bedrohungen zu einer einzigen neuen Bedrohung achten. Die Unterschiede zwischen innen und außen, neu und alt könnten leicht verschwimmen.

Neben der «Konvergenz» müsse man sich auch mit dem «Schichtungseffekt» auseinandersetzen, bei dem «sich die Forderungen von Interessengruppen aus verschiedenen Gemeinschaften überlagern und auf diese Weise geschichtete soziale Probleme schaffen: aktuelle Probleme mit historischen Problemen, konkrete Interessenprobleme mit ideologischen Problemen, politische Probleme mit unpolitischen Problemen – sie alle überschneiden und überlagern sich».

Da die Kommunikation rund um die Welt immer einfacher werde, könnten daraus «Verknüpfungseffekte» resultieren. Gemeinschaften würden sich «über Entfernungen hinweg miteinander verständigen und sich gegenseitig bestärken».

Das Internet ermögliche nicht nur Rückfluss und Verknüpfung, sondern auch die plötzliche Verstärkung von Nachrichten. Die KPCh, so warnte Chen, müsse mit dem «Vergrößerungseffekt» rechnen, bei dem

«jede Kleinigkeit zu einem ... Strudel werden kann; ein paar Gerüchte ... können leicht einen ›Sturm im Wasserglas‹ erzeugen und unvermittelt einen echten ›Tornado‹ in der Gesellschaft hervorrufen».

Schließlich gebe es den «Induktionseffekt», durch den Probleme in einer Region indirekt eine wohlwollende Reaktion und Nachahmung in einer anderen Region hervorriefen, wobei sich diese Reaktion oft aus bereits bestehenden ungelösten Problemen speise.<sup>30</sup>

Wenngleich im hölzernen Stil der Kommunistischen Partei Chinas präsentiert, passt Chens Liste auf fast unheimliche Weise zu den Erfahrungen des Jahres 2020. Das Virus war ein Beispiel für einen Rückfluss in riesigem Ausmaß, vom ländlichen China in die Stadt Wuhan, von Wuhan in den Rest der Welt. Politiker im Westen wie auch in China hatten mit Konvergenz, Schichtung und Verknüpfung zu kämpfen. Die Black-Lives-Matter-Protestbewegung, die auf der ganzen Welt Resonanz fand, war eine gigantische Demonstration der Macht, die Vergrößerung und Induktion besitzen.<sup>31</sup>

Wenn man den ursprünglichen Kontext außer Acht lässt, könnte man Chens Checkliste für die Parteikader tatsächlich als Leitfaden für unser Privatleben lesen, als eine Selbsthilfeanleitung für die Corona-Krise. Wie viele Familien, wie viele Paare, wie viele von uns, die wir durch Quarantäne eingeschlossen und isoliert waren, waren gegen Vergrößerungs- und Induktionseffekte gefeit? Manchmal hatte man das Gefühl, als würde die unsichtbare Bedrohung durch das Virus die schwächsten Teile unserer Persönlichkeiten und unsere intimsten Beziehungen strapazieren.

## II.

Es hat schon weitaus tödlichere Pandemien gegeben. Was im Falle von Corona 2020 dramatisch neu war, war das Ausmaß der Reaktion. Und das wirft eine Frage auf. Der Chefkomentator der *Financial Times*, Martin Wolf, hat sie so formuliert:

«Warum ... ist der wirtschaftliche Schaden einer solchen vergleichsweise milden Pandemie so groß? Die Antwort lautet: Weil es möglich war. Wohlhabende Menschen können leicht auf einen großen Teil ihrer normalen

täglichen Ausgaben verzichten, während ihre Regierungen betroffene Menschen und Unternehmen in großem Umfang unterstützen können. Das ist auch das, was die Menschen von Regierungen erwarten. Die Reaktion auf die Pandemie ist ein Spiegelbild der heutigen wirtschaftlichen Möglichkeiten und gesellschaftlichen Werte, zumindest in den reichen Ländern. Wir sind bereit, einen enormen Preis zu zahlen, um Pandemien einzudämmen.»<sup>32</sup>

Tatsächlich ist eines der bemerkenswerten Dinge im Jahr 2020, dass auch die Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen bereit waren, einen hohen Preis zu zahlen. Anfang April war der Großteil der Welt außerhalb Chinas, wo das Virus bereits eingedämmt war, an einer beispiellosen Anstrengung beteiligt, das Virus zu stoppen. Ein hager aussehender Lenín Moreno, Präsident von Ecuador, einem der am stärksten betroffenen Länder, hat das so ausgedrückt: «Das ist der echte erste Weltkrieg. ... Die anderen Weltkriege fanden auf [einigen] Kontinenten mit sehr wenig Beteiligung von anderen Kontinenten statt ... aber das hier betrifft alle. Es ist nicht lokal begrenzt. Es ist ein Krieg, dem man nicht entkommen kann.»<sup>33</sup>

Wenn es ein Krieg war, dem man nicht entkommen konnte, so war es doch ein Krieg, für den man sich entscheiden musste. Und genau das rechtfertigt es tatsächlich, das Jahr 2020 als eine Krise zu bezeichnen. In seiner ursprünglichen Bedeutung beschreibt Krise oder *krisis* (griechisch) einen kritischen Wendepunkt im Verlauf einer Krankheit. Sie steht mit dem Wort *krino* in Verbindung, das «trennen», «entscheiden» oder «beurteilen» bedeutet, wovon wir die Wörter Kritik und Kriterium, den Maßstab für ein Urteil, ableiten.<sup>34</sup> Es scheint daher ein doppelt passender Ausdruck zu sein, um die Auswirkungen eines Virus zu beschreiben, das den Menschen, den Organisationen, den Regierungen auf allen Ebenen, überall auf der Welt, eine Reihe von gewaltigen und äußerst schwierigen Entscheidungen aufzwingt.

Lockdown ist der Begriff, der sich eingebürgert hat, um unsere kollektive Reaktion zu beschreiben. Das Wort selbst ist umstritten. Denn Lockdown suggeriert Zwang. Vor 2020 war es ein Begriff, der mit kollektiver Bestrafung in Gefängnissen assoziiert wurde. Es gab Momente und Orte, an denen das eine zutreffende Beschreibung für die Reaktion auf COVID war. In Delhi, in Durban, in Paris patrouillierten bewaff-

nete Polizisten durch die Straßen, nahmen Namen und Nummern auf und bestraften diejenigen, die gegen die Ausgangssperre verstießen.<sup>35</sup> In der Dominikanischen Republik wurden erstaunliche 85 000 Menschen, fast ein Prozent der Bevölkerung, wegen Verstößen gegen den Lockdown verhaftet.<sup>36</sup>

Selbst wenn keine Zwangsgewalt im Spiel war, konnte eine von der Regierung verordnete Schließung aller Lokale und Bars für deren Besitzer und Kunden repressiv wirken. Verfolgt man jedoch den weiteren Verlauf der Ereignisse und konzentriert sich, wie in diesem Buch, auf die wirtschaftliche Reaktion auf die Pandemie, so scheint Lockdown eine einseitige Beschreibung der Reaktion auf Corona zu sein. Die Mobilität nahm schlagartig ab, lange bevor die Regierung Anordnungen erließ. Das ist wörtlich und metaphorisch gemeint. Auf den Finanzmärkten begann die Flucht in die Sicherheit bereits Ende Februar. Es gab keinen Gefängniswärter, der die Tür zuschlug und den Schlüssel umdrehte. Die Investoren gingen in Deckung. Die Verbraucher blieben zu Hause. Unternehmen schlossen oder verlegten sich auf Heimarbeit. Textilarbeiterinnen in Bangladesch wurden von ihren Arbeitsplätzen ausgesperrt, bevor sie angewiesen wurden, zu Hause zu bleiben. Manchmal folgten staatliche Maßnahmen auf private Entscheidungen. Manchmal nahmen sie diese vorweg. Mitte März handelte die ganze Welt unter dem Zwang der gegenseitigen Beobachtung und Nachahmung. Das Herunterfahren, der Shutdown wurde zur Norm. Diejenigen, die sich außerhalb des nationalen Territorialraums befanden, wie Hunderttausende von Seeleuten, fanden sich in einen schwimmenden Schwebzustand verbannt.

Wenn ich hier den Begriff «Shutdown» verwende, will ich damit die Frage, wer was wo und wie entschieden hat und wer wem was auferlegt hat, offen halten. Der Verzicht auf den Begriff «Lockdown» soll nicht bedeuten, dass der Prozess freiwillig oder eine Angelegenheit des individuellen freien Willens war, denn das war er sicherlich nicht. Ziel dieses Buches ist es, die Interaktion zwischen erzwungenen Entscheidungen nachzuzeichnen, die im wirtschaftlichen Bereich unter Bedingungen enormer Ungewissheit auf verschiedenen Ebenen überall auf der Welt getroffen wurden, von den Einkaufsstraßen bis zu den Zentralbanken, von Familien bis zu Fabriken, von Favelas bis zu Tradern, die gestresst an improvisierten Arbeitsplätzen in ihrem Vorstadthaus hockten. Entscheidungen waren von Angst getrieben oder wurden durch wissenschaftliche

Vorhersagen erzwungen. Sie wurden durch staatliche Anordnungen oder soziale Konventionen erforderlich. Aber sie konnten auch durch die Bewegung von Hunderten von Milliarden Dollar motiviert sein, die durch winzige, flackernde Bewegungen bei den Zinssätzen angetrieben wurde.

Die weit verbreitete Verwendung des Begriffs «Lockdown» ist ein Indiz dafür, als wie umstritten sich die Politik des Virus erweisen sollte. Gesellschaften, Gemeinschaften, Familien stritten erbittert über Gesichtsmasken, Social Distancing und Quarantäne. Dabei ging es oftmals scheinbar oder tatsächlich um existenzielle Dinge. Es war schwer, das eine vom anderen zu unterscheiden. Das Ganze war ein Beispiel im großen Stil für das, was der Soziologe Ulrich Beck in den 1980er Jahren als «Risikogesellschaft» bezeichnet hat.<sup>37</sup> Als Folge der Entwicklung der modernen Gesellschaft sahen wir uns kollektiv von einer unsichtbaren, nur für die Wissenschaft sichtbaren Bedrohung verfolgt, einem Risiko, das so lange abstrakt und immateriell blieb, bis man erkrankte und die, die Pech hatten, an der sich in der Lunge ansammelnden Flüssigkeit erstickten.

Eine Möglichkeit, auf eine solche Risikosituation zu reagieren, ist der Rückzug in die Leugnung. Das kann durchaus funktionieren. Es wäre naiv, etwas anderes zu glauben. Es gibt viele allgegenwärtige Krankheiten und soziale Übel, darunter viele, die in großem Umfang Leben kosten, die ignoriert und naturalisiert, als «Tatsachen des Lebens» behandelt werden. Mit Blick auf die größten Umweltrisiken, insbesondere den Klimawandel, könnte man sagen, dass unsere normale Herangehensweise Leugnung und vorsätzliche Ignoranz im großen Stil sind.<sup>38</sup> Selbst dringende medizinische Notfälle wie Pandemien, bei denen es um Leben und Tod geht, werden durch Politik und Macht gefiltert. Angesichts von Corona hätten einige eindeutig eine Strategie der Leugnung bevorzugt. Das hat etwas von einem Glücksspiel. Es riskiert eine plötzliche, skandalöse Politisierung. Das Für und Wider wurde immer wieder abgewogen. Oftmals erklärten sich die Befürworter des «Aussitzens» und «Durchstehens» gerne zu Verteidigern des gesunden Menschenverstandes und des Realismus, nur um dann festzustellen, dass ihre kaltblütige Abgeklärtheit in der Theorie überzeugender war als in der Praxis.

Sich der Pandemie zu stellen war das, was die große Mehrheit der Menschen auf der ganzen Welt zu tun versuchte. Das Problem aber ist, wie Beck betonte, dass es leichter gesagt als getan ist, mit modernen

Makrorisiken fertigzuwerden.<sup>39</sup> Es erfordert eine Verständigung darüber, was das Risiko ist, das die Wissenschaft in unsere Auseinandersetzungen verstrickt und uns übrige mit der Ungewissheit der Wissenschaft belastet.<sup>40</sup> Es erfordert auch eine selbstreflexive kritische Auseinandersetzung mit unserem eigenen Verhalten und mit der gesellschaftlichen Ordnung, zu der es gehört. Es erfordert die Bereitschaft, sich mit politischen Entscheidungen auseinanderzusetzen, mit Entscheidungen über die Verteilung von Ressourcen und Prioritäten auf allen Ebenen. Das läuft dem in den letzten vierzig Jahren vorherrschenden Wunsch zuwider, genau das zu vermeiden, zu entpolitisieren, Märkte oder das Gesetz zu nutzen, um solchen Entscheidungen aus dem Weg zu gehen.<sup>41</sup> Das ist die grundlegende Stoßrichtung hinter dem, was wir als «Neoliberalismus» oder Marktrevolution kennen – Verteilungsfragen zu entpolitisieren, einschließlich der sehr ungleichen Folgen gesellschaftlicher Risiken, egal ob diese auf strukturelle Veränderungen in der globalen Arbeitsteilung, Umweltschäden oder Krankheiten zurückzuführen sind.<sup>42</sup>

Corona entlarvte grell unseren institutionellen Mangel an Vorbereitung, das, was Beck unsere «organisierte Unverantwortlichkeit» genannt hat. Es offenbarte die Schwäche grundlegender staatlicher Verwaltungsapparate, wie etwa aktueller Einwohnerregister und staatlicher Datenbanken. Um der Krise zu begegnen, bedurften wir einer Gesellschaft, die der Fürsorge einen viel höheren Stellenwert einräumt.<sup>43</sup> Von unerwarteter Seite wurde lautstark nach einem «neuen Gesellschaftsvertrag» gerufen, der die unverzichtbaren Arbeitskräfte angemessen würdigen und die Risiken berücksichtigen sollte, die der globalisierte Lebensstil der Wohlhabendsten mit sich bringt.<sup>44</sup> Wie die Programme für einen Green New Deal, die seit Beginn des Jahrtausends immer wieder auftauchten, sollten solche großen Entwürfe inspirierend wirken.<sup>45</sup> Sie sollten mobilisieren. Sie warfen die Machtfrage auf. Wenn es einen neuen Gesellschaftsvertrag geben sollte, wer sollte ihn schließen?

### III.

Viele der Rufe nach großen gesellschaftlichen Reformen hatten 2020 einen seltsamen Beigeschmack. Als die Corona-Krise über uns hereinbrach, war die Linke auf beiden Seiten des Atlantiks, zumindest der Teil, der von Jeremy Corbyn und Bernie Sanders befeuert worden war, gerade dabei, eine Niederlage zu erleiden. Das Versprechen einer radikalisierten und wiedererstarkten Linken, die sich um die Idee des Green New Deal herum organisierte, schien sich in der Pandemie aufzulösen. Es fiel den Regierungen vor allem der Mitte und der Rechten zu, der Krise zu begegnen. Sie bildeten eine seltsame Truppe. Jair Bolsonaro in Brasilien, Donald Trump in den Vereinigten Staaten und Andrés Manuel López Obrador (gerne abgekürzt AMLO) in Mexiko versuchten es mit Leugnung. Für sie gingen Klimawandelskepsis und Viruskepsis Hand in Hand. Nationalistische Machthaber wie Rodrigo Duterte auf den Philippinen, Narendra Modi in Indien, Wladimir Putin in Russland und Recep Tayyip Erdoğan in der Türkei leugneten das Virus nicht, sondern vertrauten vor allem auf ihren Appell an nationale Gefühle und ihre Einschüchterungstaktik, um sich durchzusetzen. Es waren die gemäßigten Führungspersönlichkeiten der politischen Mitte, die am meisten unter Druck standen. Figuren wie Nancy Pelosi und Chuck Schumer in den USA oder Sebastián Piñera in Chile, Cyril Ramaphosa in Südafrika, Emmanuel Macron, Angela Merkel, Ursula von der Leyen und ihresgleichen in Europa. Sie akzeptierten die Wissenschaft. Leugnen war für sie keine Option. Sie wollten unbedingt zeigen, dass sie besser waren als die «Populisten». Um der Krise zu begegnen, taten ganz gewöhnliche Politiker am Ende sehr radikale Dinge. Das meiste davon war Improvisation und Kompromiss, aber soweit es ihnen gelang, ihren Antworten einen programmatischen Anstrich zu geben – sei es in Form des Next-Gen-Programms der EU oder Bidens «Build Back Better»-Programms im Jahr 2020 –, stammten sie aus dem Repertoire der grünen Modernisierung, der nachhaltigen Entwicklung und des Green New Deal.

Das Ergebnis war eine bittere historische Ironie. Während die Verfechter des Green New Deal eine politische Niederlage einstecken mussten, bestätigte das Jahr 2020 auf durchschlagende Weise den Realismus ihrer Diagnose. Es war der Green New Deal, der die Dringlichkeit enormer ökologischer Herausforderungen direkt adressiert und sie mit Fra-

gen extremer sozialer Ungleichheit verknüpft hatte. Es war der Green New Deal, der darauf bestand, dass sich Demokratien bei der Bewältigung dieser Herausforderungen nicht von konservativen finanz- und geldpolitischen Doktrinen lähmen lassen durften, die aus den längst vergangenen Schlachten der 1970er Jahre stammten und durch die Finanzkrise von 2008 diskreditiert worden waren. Es war der Green New Deal, der tatkräftige, engagierte, zukunftsorientierte, junge Bürger mobilisiert hatte, von denen die Demokratie eindeutig abhing, wenn sie eine hoffnungsvolle Zukunft haben sollte. Der Green New Deal hatte natürlich auch gefordert, dass ein System, das Ungleichheit, Instabilität und Krisen produzierte und reproduzierte, radikal reformiert werden sollte, anstatt unablässig daran herumzuflicken. Für die Politiker der Mitte war das eine Herausforderung. Aber ein Reiz der Krise bestand darin, dass man langfristige Zukunftsfragen beiseiteschieben konnte. 2020 ging es einzig und allein ums Überleben.

Die unmittelbare wirtschaftspolitische Reaktion auf den Corona-Schock knüpfte direkt an die Lehren von 2008 an. Die Fiskalpolitik war noch umfangreicher und schneller. Die Interventionen der Zentralbanken fielen noch spektakulärer aus. Wenn man beides gedanklich miteinander verknüpfte – Fiskal- und Geldpolitik –, bestätigte es die wesentlichen Einsichten ökonomischer Doktrinen, die einst von radikalen Keynesianern vertreten worden waren und von Lehren wie der Modern Monetary Theory (MMT) neu in Mode gebracht wurden.<sup>46</sup> Die Staatsfinanzen sind nicht wie die eines Haushalts begrenzt. Wenn ein monetärer Souverän die Frage, wie die Finanzierung zu organisieren ist, als etwas behandelt, das mehr ist als eine technische Angelegenheit, ist das seinerseits eine politische Entscheidung. Wie Keynes einst mitten im Zweiten Weltkrieg seine Leser erinnerte: «Alles, was wir tatsächlich tun können, können wir uns auch leisten.»<sup>47</sup> Die eigentliche Herausforderung, die wirklich politische Frage bestand darin, sich darauf zu verständigen, was wir tun wollten, und herauszufinden, wie wir es tun sollten.

Die wirtschaftspolitischen Experimente des Jahres 2020 waren nicht auf die reichen Länder beschränkt. Begünstigt durch die von der Fed freigesetzte Dollarschwemme, aber auch gestützt auf jahrzehntelange Erfahrungen mit schwankenden globalen Kapitalströmen, zeigten viele Regierungen der Schwellenländer als Reaktion auf die Krise bemerkens-



werte Initiative. Sie setzten ein ganzes Instrumentarium an Maßnahmen ein, das es ihnen ermöglichte, sich gegen die Risiken der globalen Finanzintegration abzusichern.<sup>48</sup> Ironischerweise ließ Chinas größerer Erfolg bei der Viruskontrolle seine Wirtschaftspolitik, anders als 2008, relativ konservativ erscheinen. Länder wie Mexiko und Indien, in denen sich die Pandemie schnell ausbreitete, die Regierungen aber nicht mit einer groß angelegten Wirtschaftspolitik reagierten, wirkten zunehmend unzeitgemäß. 2020 wurden wir Zeugen eines aufsehenerregenden Spektakels, als der IWF eine vermeintlich linke mexikanische Regierung dafür kritisierte, kein ausreichend großes Haushaltsdefizit zu haben.<sup>49</sup>

Es war schwer, sich des Gefühls zu erwehren, an einem Wendepunkt angelangt zu sein. War dies endlich der Tod der Orthodoxie, die seit den 1980er Jahren in der Wirtschaftspolitik vorgeherrscht hatte? War dies das Totenglücklein des Neoliberalismus?<sup>50</sup> Als kohärente Ideologie des Regierens vielleicht. Die Vorstellung, dass die natürliche Umwelt als Umhüllung wirtschaftlicher Aktivität ignoriert oder den Märkten zur Regulierung überlassen werden könnte, war eindeutig realitätsfremd. Gleiches galt für die Vorstellung, dass sich die Märkte in Bezug auf alle denkbaren sozialen und wirtschaftlichen Schocks selbst steuern könnten. Noch dringlicher als im Jahr 2008 diktierte das Überleben Interventionen in einem Ausmaß, wie es zuletzt im Zweiten Weltkrieg zu beobachten gewesen war.

All dies ließ die doktrinären Ökonomen nach Luft schnappen. Das ist an sich nicht überraschend. Das orthodoxe Verständnis von Wirtschaftspolitik war schon immer unrealistisch. Als Praxis der Macht war der Neoliberalismus immer radikal pragmatisch gewesen. Seine wirkliche Geschichte war die einer Reihe von staatlichen Interventionen im Interesse der Kapitalakkumulation, einschließlich des Einsatzes staatlicher Gewalt, um Widerstände auszuschalten.<sup>51</sup> Wie auch immer die doktrinären Drehungen und Wendungen aussehen mochten: die gesellschaftlichen Realitäten, mit denen die Marktrevolution seit den 1970er Jahren verwoben war – der tief verwurzelte Einfluss des Reichtums auf Politik, Recht und Medien, die Entmachtung der Arbeiter –, blieben allesamt bestehen. Und welche historische Kraft war es, welche die Deiche der neoliberalen Ordnung zum Bersten brachte? Die Geschichte, die wir in diesem Buch nachzeichnen werden, ist nicht die eines Wiederauflebens des Klassenkampfes oder einer radikalen populistischen Herausforderung.

Was den Schaden anrichtete, war das wuchtige Schwungrad der Finanzakkumulation.<sup>52</sup>

Im Jahr 2008 war die Krise durch die Überexpansion der Banken und die Exzesse der Verbriefung von Hypotheken ausgelöst worden. Im Jahr 2020 traf Corona das Finanzsystem von außen, doch die Fragilität, die dieser Schock sichtbar werden ließ, war intern erzeugt. Diesmal waren nicht die Banken das schwache Glied, sondern die Wertpapiermärkte selbst. Der Schock traf das Herz des Systems, den Markt für amerikanische Staatsanleihen, die vermeintlich sicheren Vermögenswerte, auf denen die gesamte Kreditpyramide basiert. Wäre dieser Markt zusammengebrochen, hätte er den Rest der Welt mit sich gerissen. In der dritten Märzwoche 2020 befanden sich die City of London und Europa in der Krise. Wieder einmal schusterten die Fed, das US-Finanzministerium und der Kongress ein Flickwerk von Interventionen zusammen, die einen Großteil des privaten Kreditsystems wirksam stützten. Dieser Effekt strahlte durch das dollarbasierte Finanzsystem auf die übrige Welt aus. Was auf dem Spiel stand, war das Überleben eines globalen Netzwerks des marktbasierenden Finanzsystems, das Daniela Gabor treffend als «Wall-Street-Konsens» bezeichnet hat.<sup>53</sup>

Das Ausmaß der stabilisierenden Interventionen im Jahr 2020 war beeindruckend. Es bestätigte die grundlegende Aussage des Green New Deal, dass demokratische Staaten, wenn der Wille vorhanden ist, über die nötigen Instrumente verfügen, um Kontrolle über die Wirtschaft auszuüben. Das war freilich eine zweischneidige Erkenntnis, denn wenn diese Interventionen eine Behauptung souveräner Macht waren, so waren sie doch krisengetrieben.<sup>54</sup> Wie 2008 dienten sie den Interessen derjenigen, die am meisten zu verlieren hatten. Diesmal wurden nicht nur einzelne Banken, sondern ganze Märkte für «too big to fail» erklärt.<sup>55</sup> Um diesen Kreislauf von Krise und Stabilisierung zu durchbrechen und Wirtschaftspolitik zu einer echten Übung in demokratischer Souveränität zu machen, wäre eine grundlegende Reform an Haupt und Gliedern erforderlich. Das würde eine echte Machtverschiebung erfordern, doch die Chancen dafür standen schlecht.

Die Marktrevolution der 1970er Jahre war zweifellos eine Revolution der ökonomischen Ideen – Milton Friedman und Friedrich von Hayek gegen John Maynard Keynes –, aber sie war weit mehr als das. Der von Thatcher und Reagan geführte Krieg gegen die Inflation war ein umfas-

sender Feldzug gegen eine Bedrohung durch soziale Umwälzungen, die sie als von außen und von innen kommend sahen. Seine Dringlichkeit hatte damit zu tun, dass der Klassenkampf in Europa, Asien und den USA in den 1970er und frühen 1980er Jahren immer noch von den globalen Kämpfen der Entkolonialisierung und des Kalten Krieges umrahmt war.<sup>56</sup> Verschärft wurde das Ganze, als der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems zwischen 1971 und 1973 das Geld vom Gold löste und die Tür für eine expansive Wirtschaftspolitik öffnete. Um dieses Risiko einzudämmen, mussten die Grenzen von Staat und Gesellschaft neu gezogen werden. In diesem Kampf bestand der entscheidende institutionelle Schritt darin, die Kontrolle des Geldes von der demokratischen Politik zu isolieren, indem man sie unabhängigen Zentralbanken unterstellte. Wie Rudiger Dornbusch vom MIT, einer der einflussreichsten Ökonomen seiner Generation, es im Jahr 2000 formulierte, ging es in den «letzten 20 Jahren, seit dem Aufstieg unabhängiger Zentralbanken, darum, die Prioritäten richtig zu setzen, demokratisches Geld loszuwerden, das immer kurzichtiges, schlechtes Geld ist».<sup>57</sup>

Das hat eine bittere Implikation. Wenn die Zentralbanken seit 2008 ihren Aufgabenbereich massiv ausgeweitet haben, so geschah dies aus der Not heraus, um die Instabilität des Finanzsystems einzudämmen. Aber politisch war das möglich, ja es konnte sogar ohne großes Aufhebens geschehen, weil die Schlachten der 1970er und 1980er Jahre gewonnen worden waren. Die Bedrohung, die Dornbuschs Generation verfolgte, hatte sich verflüchtigt. Die Demokratie war nicht mehr die Gefahr, die sie in den Kampfhahren des Neoliberalismus gewesen war. In der Wirtschaftspolitik drückte sich das in der verblüffenden Erkenntnis aus, dass es keine Inflationsgefahr gab. Bei allem zentristischen Händeringen über den «Populismus» war der Klassenantagonismus entkräftet, der Lohn- und Streikdruck war minimal, Streiks gab es nicht.

Die massiven wirtschaftspolitischen Eingriffe des Jahres 2020 waren wie die des Jahres 2008 janusköpfig. Einerseits sprengte ihr Ausmaß die Fesseln neoliberaler Zurückhaltung, und ihre ökonomische Logik bestätigte die grundlegende Diagnose der interventionistischen Makroökonomie bis zurück zu Keynes. Sie konnten nur als Vorboten eines neuen Regimes jenseits des Neoliberalismus erscheinen. Andererseits wurden diese Eingriffe von oben nach unten vorgenommen. Sie waren politisch nur deshalb denkbar, weil es keine Herausforderung von links

gab, und ihre Dringlichkeit war bedingt durch die Notwendigkeit, das Finanzsystem zu stabilisieren. Und sie haben geliefert. Im Jahr 2020 sollten die wohlhabendsten Haushalte in den Vereinigten Staaten dank der Wiederbelebung der Finanzmärkte von einem schwindelerregenden Zuwachs des Nettovermögens in Höhe von 12,5 Billionen Dollar profitieren, dem größten jemals verzeichneten Anstieg.<sup>58</sup>

Wenn das tatsächlich ein «neuer Gesellschaftsvertrag» war, dann war es eine erschreckend einseitige Angelegenheit. Dennoch wäre es falsch, in der Reaktion auf die Krise von 2020 nichts weiter als eine eskalierende Ausplünderung zu sehen. Politiker der Mitte, die um ihr politisches Überleben kämpften, konnten die massive Wucht der sozialen und wirtschaftlichen Krise nicht ignorieren. Die Bedrohung durch die nationalistische Rechte war ernst. Der Ruf nach mehr gesellschaftlicher Solidarität für eine Wiederherstellung der nationalen Wirtschaft stieß auf echte Resonanz. Obwohl sie in der Minderheit war, wurde die «grüne» politische Bewegung zunehmend zu einer Kraft, mit der man rechnen musste.<sup>59</sup> Während die Rechte mit starken Emotionen spielte, war die strategische Analyse, die von den Befürwortern des Green New Deal angeboten wurde, sehr präzise, und intelligente Politiker der Mitte wussten das. Die Führung der EU oder der US-Demokraten hatte vielleicht nicht den Mumm für Strukturreformen, aber sie erkannte den Zusammenhang zwischen der Moderne, der Umwelt, dem unausgewogenen und instabilen Wirtschaftswachstum und der Ungleichheit. Die Fakten waren schließlich so eklatant, dass es eines bewussten Willensaktes bedurfte, sie zu ignorieren. Das Jahr 2020 war also nicht nur ein Moment des Plünderns, sondern auch ein Moment des reformorientierten Experimentierens. Als Reaktion auf die drohende soziale Krise wurden in Europa, in den USA und in vielen Schwellenländern neue Formen der sozialstaatlichen Fürsorge erprobt. Und auf der Suche nach einer positiven Agenda nahmen sich die Politiker der Mitte der Umweltpolitik und der Frage des Klimawandels an wie nie zuvor. Entgegen der Befürchtung, Corona würde von anderen Prioritäten ablenken, wurde die politische Ökonomie des Green New Deal zum Mainstream. «Grünes Wachstum», «Build back better», «Green Deal» – die Schlagworte variierten, aber sie alle brachten die grüne Modernisierung als gemeinsame Antwort der politischen Mitte auf die Krise zum Ausdruck.<sup>60</sup>

#### IV.

2020 machte deutlich, wie abhängig die Wirtschaft von der Stabilität ihrer natürlichen Umgebung war. Eine winzige Virusmutation in einer Mikrobe konnte die gesamte Weltwirtschaft bedrohen. Es legte auch offen, wie im Extremfall das gesamte Geld- und Finanzsystem auf die Unterstützung von Märkten und Lebensgrundlagen ausgerichtet werden konnte, wodurch die Frage aufgeworfen wurde, wer wie unterstützt wurde. Beide Schocks rissen Trennlinien ein, die für die politische Ökonomie des letzten halben Jahrhunderts grundlegend waren, Linien, die die Wirtschaft von der Natur, die Ökonomie von der Sozialpolitik und von der Politik an sich trennten. Hinzu kam eine dritte Verschiebung, die im Jahr 2020 die Grundannahmen des neoliberalen Zeitalters endgültig auflöste: der Aufstieg Chinas.

Nach den besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnissen war es nicht überraschend, dass das Virus aus China kam. Die rasche zoonotische Mutation war das vorhersehbare Ergebnis der biologischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen in der Provinz Hubei. Dies als einen natürlichen Prozess zu bezeichnen, verschleierte das Ausmaß, in dem er von wirtschaftlichen und sozialen Faktoren angetrieben wurde, aber es gab immer auch diejenigen, die glaubten, dass mehr dahinter steckte. Die plausibelste alternative Theorie war die Ansicht, das Virus sei versehentlich aus einer biologischen Forschungseinrichtung in China entwichen.<sup>61</sup> Das Ganze wäre demnach ein Vorfall im Stil von Tschernobyl, allerdings in globalem Ausmaß und besser vertuscht, ein Beispiel für die Risikogesellschaft, aber ein Fall von versuchter Beherrschung der Natur, der schiefgegangen ist, im Gegensatz zur fahrlässigen Produktion von gefährlichen Nebeneffekten. Noch alarmistischer war die Ansicht, das Virus stamme aus einem Programm zur biologischen Kriegsführung, und Peking habe seine Verbreitung absichtlich zugelassen, um die westlichen Gesellschaften zu destabilisieren.<sup>62</sup> Peking trug zu solcherlei Spekulationen bei, indem es sich allen Versuchen widersetzte, eine unabhängige internationale Untersuchung zuzulassen, und eigene konspirative Gegenthesen in Umlauf brachte.<sup>63</sup> Unabhängig davon, welche Interpretation man vertrat, ging es bei diesen Theorien um mehr als um das Virus und seine Herkunft. Sie waren gleichzeitig Interpretationen der Globalisierung und des Aufstiegs Chinas. Diese Verflechtung von Ängsten war neu.

Als Tony Blair 2005 über die Kritiker der Globalisierung spottete, waren es deren Ängste, über die er sich lustig machte. Ihrer Ängstlichkeit stellte er die affirmative, modernisierungsfreudige Energie der asiatischen Nationen gegenüber, für die die Globalisierung einen hellen Horizont darstellte. Die globalen Sicherheitsbedrohungen, die Blair erkannte, waren der islamische Terrorismus und die Massenvernichtungswaffen von Saddam Hussein. Sie waren unangenehm. Wenn sie tatsächlich real waren, konnten sie ein massenhaftes Sterben verursachen. Sie waren Symptome einer aus den Fugen geratenen Globalisierung. Aber obwohl sie den Status quo in Frage stellten, hatten beide keine Aussichten, ihn tatsächlich zu verändern. Genau darin lag ihre selbstmörderische, weltfremde Irrationalität. Im Jahrzehnt nach 2008 ging genau dieses Vertrauen in die Robustheit des Status quo verloren.

Das wiederaufstrebende Russland, das durch die globalen Öl- und Gasexporte gestärkt wurde, entlarvte als Erster die geopolitische Unschuld der Globalisierung. Russlands Herausforderung war begrenzt, die von China war es nicht. Beginnend mit dem «Pivot to Asia» der Obama-Regierung im Jahr 2011 rückte China zunehmend in den Mittelpunkt.<sup>64</sup> Im Dezember 2017 veröffentlichten die USA ihre neue Nationale Sicherheitsstrategie, die erstmals den indopazifischen Raum als entscheidende Arena des Großmachtwettstreits bezeichnete.<sup>65</sup> Im März 2019 veröffentlichte die EU ein Strategiepapier mit demselben Inhalt.<sup>66</sup> 2020 folgten das französische und das deutsche Außenministerium.<sup>67</sup> Großbritannien vollzog unterdessen einen außergewöhnlichen Schwenk: Hatte man in London zunächst ein neues «goldenes Zeitalter» der chinesisch-britischen Beziehungen ausgerufen, entsandte man nun einen Flugzeugträger ins Südchinesische Meer.<sup>68</sup>

Die militärische Logik war vertraut. Alle Großmächte sind Rivalen, so zumindest die «realistische» Logik. Im Falle Chinas kam noch der Faktor der Ideologie hinzu. Im Jahr 2021 tat die KPCh etwas, was ihr sowjetisches Pendant nie geschafft hatte: Sie feierte ihr hundertjähriges Bestehen. Peking machte keinen Hehl daraus, dass es an einem ideologischen Erbe festhielt, das über Marx und Engels bis zu Lenin, Stalin und Mao reichte. Xi Jinping hätte kaum nachdrücklicher auf die Notwendigkeit hinweisen können, an dieser Tradition festzuhalten, und er hätte Gorbatschow nicht deutlicher verurteilen können, weil er die Kontrolle über den ideologischen Kompass der Sowjetunion verloren hatte.<sup>69</sup> Der «neue»

Kalte Krieg war demnach in Wirklichkeit die Wiederbelebung des «alten» Kalten Krieges, also des Kalten Krieges in Asien, den der Westen im Grunde nie gewonnen hatte.

Es gab jedoch zwei spektakuläre Unterschiede zwischen altem und neuem Kalten Krieg. Der erste war die Wirtschaft. China war die Bedrohung, die es war, infolge des spektakulärsten Wirtschaftsbooms der Geschichte. Das hatte einigen in der Produktion beschäftigten Arbeitern im Westen geschadet, doch Unternehmen und Verbraucher in der gesamten westlichen Welt und darüber hinaus hatten immens von Chinas Entwicklung profitiert und würden in Zukunft noch mehr profitieren. Das sorgte für ein Dilemma. Ein wiederbelebter Kalter Krieg mit China ergab in jeglicher Hinsicht Sinn, nur dummerweise nicht für die Wirtschaft.

Die zweite grundlegende Neuerung waren die globale Umweltproblematik und die Rolle des Wirtschaftswachstums bei deren Beschleunigung. Als die globale Klimapolitik in den 1990er Jahren zum ersten Mal in ihrer modernen Form auftauchte, stand sie im Zeichen des unipolaren Moments. Die Vereinigten Staaten waren der größte und widerspenstigste Verschmutzer. China war arm, und seine Emissionen spielten in der globalen Bilanz kaum eine Rolle. Im Jahr 2020 stieß China mehr CO<sub>2</sub> aus als die USA und Europa zusammen, und die Kluft dürfte sich zumindest für ein weiteres Jahrzehnt noch vergrößern. Eine Lösung des Klimaproblems ohne China war ebenso wenig vorstellbar wie eine Reaktion auf die Gefahr neu auftretender Infektionskrankheiten. China war der mächtigste Inkubator von beidem.

Die grünen Modernisierer der EU lösten dieses doppelte Dilemma in ihren strategischen Dokumenten auf, indem sie China gleichzeitig als systemischen Rivalen, strategischen Konkurrenten und Partner im Kampf gegen den Klimawandel definierten. Die Trump-Administration machte sich das Leben leichter, indem sie das Klimaproblem leugnete. Aber auch Washington steckte in der Zwickmühle des wirtschaftlichen Dilemmas, zwischen ideologischer Denunziation Pekings, strategischem Kalkül, langfristigen Unternehmensinvestitionen und dem Wunsch des Präsidenten, einen schnellen Deal zu schließen. Das war eine instabile Kombination, die im Jahr 2020 kippte. Trotz des Phase-I-Handelsabkommens, das der Präsident zu Beginn des Jahres gerne gefeiert hatte, übertrumpften bis zum Sommer die strategische Konkurrenz und die ideologische Denunziation das wirtschaftliche Interesse. China wurde neu definiert als

eine Bedrohung für die Vereinigten Staaten, sowohl strategisch als auch wirtschaftlich. Es hatte amerikanische Arbeitsplätze gestohlen, es hatte sich illegal amerikanisches geistiges Eigentum in Milliardenhöhe zugunsten eines feindlichen Regimes angeeignet.<sup>70</sup> Als Reaktion darauf erklärten die Geheimdienst-, Sicherheits- und Justizabteilungen der amerikanischen Regierung China den Wirtschaftskrieg. Sie wollten dabei bewusst die Entwicklung von Chinas Hightech-Sektor sabotieren, dem Herzstück einer jeden modernen Wirtschaft.

Es war bis zu einem gewissen Grad Zufall, dass diese Eskalation zu diesem Zeitpunkt stattfand. Kräfte, die nichts mit dem Virus zu tun hatten, drängten schon seit einiger Zeit in diese Richtung. Aber Pekings Erfolg im Umgang mit Corona und das dadurch gestärkte Selbstbewusstsein waren für die Trump-Administration ein Warnsignal. Außerdem erzeugte die überhitzte Atmosphäre der amerikanischen Wahl starke Verstärkungs- und Induktionseffekte – um Chens etwas euphemistisches Vokabular zu verwenden. Für das Trump-Team erschien es durchaus sinnvoll, China die Schuld zu geben und den Kulturkrieg, den sie zu Hause entfesselten, auf Chinas amerikanische Kollaborateure auszuweiten.

Chinas Aufstieg war zweifellos ein weltgeschichtlicher Umbruch, auf den irgendwann jeder in der Welt würde reagieren müssen. Aber im Sommer 2020 war zunehmend unbestreitbar, dass noch etwas anderes im Gange war. Mit Amerika stimmte etwas zutiefst nicht.

Es war nicht der erste Moment der modernen amerikanischen Krankheit. Präsident Carter sollte berüchtigt werden für eine Rede, die er im Sommer 1979 inmitten der Auswirkungen der iranischen Revolution und der zweiten Energiekrise an die amerikanische Nation zu genau diesem Thema hielt.<sup>71</sup> Eines der Versprechen der Marktrevolution der 1980er Jahre war, dass Ronald Reagans «Morgen in Amerika» das Land aus seinem Niedergang herausholen würde, so wie Thatcher es für Großbritannien versprochen hatte. Donald Trump, der Partyboy im Manhattan der 1980er Jahre, war die lebende Verkörperung dieser neuen Ära des Hochmuts. Doch Trump verkörperte auch die hässliche Wahrheit über diesen Moment, nämlich dass die Marktrevolution einen großen Teil der amerikanischen Gesellschaft abgehängt hat. Amerikas anhaltende globale Stärke in den Bereichen Finanzen, Technologie und militärische Macht ruhte auf tönernen Füßen. Wie Corona schmerzhaft aufdeckte, war das



Gesundheitssystem des Landes marode, sein soziales Sicherungsnetz ließ zig Millionen Menschen von Armut bedroht. Während Xis «chinesisches Traum» das Jahr 2020 unversehrt überstanden hat, lässt sich von seinem amerikanischen Gegenstück nicht das Gleiche behaupten.

Die allgemeine Krise des Neoliberalismus im Jahr 2020 hatte somit eine spezifische und traumatische Bedeutung für Amerika und ganz besonders für einen Teil des dortigen politischen Spektrums. Die Vision der amerikanischen Regierung, die von den aufeinanderfolgenden demokratischen Regierungen, beginnend mit Woodrow Wilson und Franklin D. Roosevelt, entworfen wurde, gab den amerikanischen Liberalen Werkzeuge an die Hand, mit denen sie auf die Herausforderung durch Corona reagieren konnten. Die amerikanische Linke konnte sich mit dem New Deal anfreunden.<sup>72</sup> Die republikanische Partei und die von ihr vertretenen nationalistischen und konservativen Wählergruppen hingegen litten unter einer existenziellen Krise (anders lässt sich das nicht nennen), die tiefgreifende Folgen für die amerikanische Regierung, die amerikanische Verfassung und die Beziehungen Amerikas zur übrigen Welt hatte. Das gipfelte in der außergewöhnlichen Periode zwischen dem 3. November 2020 und dem 6. Januar 2021, in der Trump sich weigerte, die Niederlage einzugestehen, ein Großteil der republikanischen Partei den Versuch, die Wahl zu kippen, aktiv unterstützte, die soziale Krise und die Pandemie unbeachtet blieben und schließlich am 6. Januar der Präsident und führende Persönlichkeiten seiner Partei einen Mob zum Sturm auf das Kapitol ermutigten.

Aus gutem Grund weckt dies tiefe Sorgen hinsichtlich der Zukunft der amerikanischen Demokratie. Und es gibt tatsächlich Elemente auf der äußersten Rechten der amerikanischen Politik, die man mit Fug und Recht als faschistoid bezeichnen kann.<sup>73</sup> Aber in der ursprünglichen faschistischen Gleichung gab es zwei grundlegende Elemente, die im Amerika des Jahres 2020 fehlten. Das eine ist der totale Krieg. Die Amerikaner erinnern sich an den Bürgerkrieg und stellen sich künftige Bürgerkriege vor, die kommen werden. Sie haben in letzter Zeit Expeditionskriege geführt, die in Gestalt militarisierter Polizeiarbeit und paramilitärischer Phantasien auf die amerikanische Gesellschaft zurückschlugen.<sup>74</sup> Aber der totale Krieg konfiguriert die Gesellschaft auf ganz andere Weise neu. Er konstituiert einen Massenkörper, nicht die individualisierten Kommandos von 2020.

Die andere fehlende Zutat aus der klassischen faschistischen Gleichung, die für dieses Buch zentraler ist, ist sozialer Antagonismus, eine imaginäre oder reale Bedrohung des sozialen und wirtschaftlichen Status quo. Als sich die konstitutionellen Gewitterwolken im Jahr 2020 zusammenzogen, verbündete sich die amerikanische Wirtschaft massiv und geschlossen gegen Trump. Wie wir noch sehen werden, hatten die wichtigsten Stimmen der amerikanischen Wirtschaft auch keine Scheu, die geschäftlichen Gründe dafür darzulegen, unter anderem den Shareholder Value, die Probleme bei der Führung von Unternehmen mit politisch gespaltenen Belegschaften, die wirtschaftliche Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit und – erstaunlicherweise – die zu erwartenden Umsatzverluste im Falle eines Bürgerkriegs. Diese Ausrichtung des Geldes auf die Demokratie in den Vereinigten Staaten im Jahr 2020 sollte bis zu einem gewissen Punkt beruhigend sein. Aber ziehen wir für eine Sekunde ein alternatives Szenario in Betracht. Was wäre, wenn das Virus ein paar Wochen früher in den USA angekommen wäre, wenn die sich ausbreitende Pandemie der Forderung nach einer allgemeinen Gesundheitsversorgung massive Glaubwürdigkeit verliehen hätte und die Vorwahlen der Demokraten Bernie Sanders, einen bekennenden Sozialisten, als Kandidaten hervorgebracht hätten, anstatt Joe Biden?<sup>75</sup> Es ist nicht schwer, sich ein Szenario vorzustellen, in dem die amerikanische Wirtschaft ihr gesamtes Gewicht aus denselben Gründen in die andere Waagschale geworfen und Trump unterstützt hätte, um sicherzustellen, dass Sanders nicht gewählt würde.<sup>76</sup> Und was wäre gewesen, wenn Sanders tatsächlich eine Mehrheit bekommen hätte? Dann hätten wir eine echte Prüfung für die amerikanische Verfassung und die Loyalität der mächtigsten gesellschaftlichen Interessen zu ihr gehabt.

## V.

Das Jahr 2020 als eine umfassende Krise des neoliberalen Zeitalters zu sehen – im Hinblick auf seine ökologische Hülle, auf seine internen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Grundlagen und auf die internationale Ordnung –, hilft uns bei der historischen Orientierung. So gesehen markiert die Corona-Krise das Ende eines Bogens, dessen

Ursprung in den 1970er Jahren zu finden ist. Sie könnte auch als erste umfassende Krise des kommenden Zeitalters des Anthropozäns gesehen werden – einer Epoche, die durch den «blowback» unserer unausgewogenen Beziehung zur Natur definiert ist.<sup>77</sup>

Doch anstatt vorschnell die Kontinuitäten dieses halben Jahrhunderts der Geschichte skizzieren oder spekulativ in die Zukunft projizieren zu wollen, verbleibt dieses Buch, soweit möglich, im Augenblick selbst. Wir werden zurück und nach vorne blicken, wenn sich die Notwendigkeit eines Kontexts ergibt, aber der Fokus liegt ganz klar auf der Kette von Ereignissen zwischen dem Ausbruch des Virus im Januar 2020 und der Amtseinführung von Joe Biden.

Diese engen chronologischen Grenzen sind eine bewusste Entscheidung. Sie ermöglichen es, die Spannung zwischen Vergangenheit und Gegenwart, die definiert, was es heißt, Geschichte zu schreiben, handhabbar zu machen. Es ist zudem eine persönliche Strategie, um mit den intellektuellen und psychologischen Belastungen eines Moments fertig zu werden, der ansonsten überwältigend war.

Wie Milliarden anderer Menschen auf der ganzen Welt zwang mich das Coronavirus, meine Pläne zu ändern. Ich begann das Jahr mit der Arbeit an einem Buch über die Geschichte der Energiepolitik, in dem ich die politische Ökonomie des Kohlenstoffs bis in die Zeit der Ölkrise zurückverfolgte und eine Vorgeschichte des Green New Deal skizzierte. Wie so viele andere hatte ich mich intensiv mit dem Anthropozän beschäftigt, einer vom kapitalistischen Wirtschaftswachstum angetriebenen Transformation, welche die Trennung zwischen Natur- und Menschheitsgeschichte in Frage stellt.<sup>78</sup>

Im Februar, als sich das Virus lautlos um die Welt verbreitete, war ich in Ostafrika unterwegs und tauchte zum ersten Mal in die Geschichte des Kontinents ein. Aus den Augenwinkeln bemerkte ich die ungewohnten Gesundheitskontrollen an den Flughäfen, aber wie die meisten Menschen war ich mir des Dramas, das sich da abspielte, nicht bewusst. Erst auf dem Rückweg, am Freitag, dem 6. März, in den riesigen Hallen des neuen Istanbuler Flughafens, wurde mir das Ausmaß der wachsenden Panik bewusst. Reisende aus allen Teilen der Welt trugen Masken in allen Formen und Größen. Diese Masken waren neuartig, schlecht sitzend, unmöglich auf einem langen Flug.

An diesem Wochenende in New York, im Dunst des Jetlags, brach

die Hölle los. Das Virus trieb nun eine gigantische wirtschaftliche Kontraktion an. Plötzlich sah ich mich mit einer ganzen Flut von Fragen von Journalisten konfrontiert, die mich drängten, ihnen beim Verständnis dessen zu helfen, was wie eine Wiederholung der Finanzkrisen wirkte, die ich in *Crashed*, meinem Buch über 2008, beschrieben hatte.

*Crashed* war seinerseits eine Geschichte gewesen, die von den Ereignissen überholt worden war. Ich hatte mir vorgenommen, ein Buch zum zehnten Jahrestag der Finanzkrise zu schreiben, und landete nach dem Brexit und Trumps Sieg mitten in einer Krise, die nicht enden wollte. Ein kluger Freund meinte damals scherzhaft, ich würde mich damit dem Zwang aussetzen, eine fortlaufend aktualisierte Neuauflage zu schreiben. Im März 2020 bekam ich die volle Wucht seiner Worte zu spüren. Als die Aktienkurse und Anleihemärkte einbrachen, als die Dysfunktionalität der Repo-Märkte in die Schlagzeilen geriet und die Swap-Linien der Zentralbanken wieder auf der Tagesordnung standen, holte mich die *Crashed*-Erzählung ein.

Im April war der Druck, sich von Minute zu Minute der Gegenwart zu stellen und dabei an die Energiepolitik von Jimmy Carter zu denken, zu groß. Ich kapitulierte vor dem unmittelbaren Fluss der Ereignisse.

Das Jahr 2020 entpuppte sich als wahrhaft historisch, als völlig anders als alles, was wir je zuvor erlebt hatten. Dieses Buch ist deshalb sogar zeitgenössischer als *Crashed*. Paradoxerweise macht dies das Risiko, «den Moment zu verpassen», noch haarsträubender. Jeder Versuch, einen narrativen Rahmen über den Tumult zu legen, den wir immer noch durchleben, ist zwangsläufig unvollständig und unterliegt der Revision. Wenn wir den Ereignissen um uns herum einen Sinn geben wollen, müssen wir dieses Risiko eingehen. Der einzige Trost ist, dass wir bei diesem Unterfangen nicht allein sind. 2020 war nichts anderes als ein Jahr des Erzählens, des Argumentierens und des Analysierens.

Eine solche Erzählung mag verfrüht sein, aber wenn man eine Interpretation projiziert, eine intellektuelle Wette eingeht, ob richtig oder falsch, gewinnt man etwas Wertvolles: ein tieferes Verständnis dessen, was der Satz, alle Geschichte sei Zeitgeschichte, wirklich bedeutet.<sup>79</sup> Tatsächlich bekommt Benedetto Croces Einsicht im Lichte von 2020 eine neue Bedeutung. Wenn man aus der Sicherheit eines Apartments an der Upper West Side über die Klimakrise schreibt, können die historische

Transformation der Natur und ihre Implikationen für unsere Geschichte weit entfernt erscheinen – das Anthropozän bleibt ein abstrakter intellektueller Vorschlag. Die Corona-Krise hat selbst die Behütetsten unter uns dieser Illusion beraubt.



## **WUHAN, NICHT TSCHERNOBYL**

Das Virus, das wir als SARS-CoV-2 kennenlernen sollten, begann Ende November 2019 in der Elf-Millionen-Stadt Wuhan in der Provinz Hubei zu zirkulieren. Chinas Virus-Meldesystem hätte eigentlich anschlagen müssen. Doch der Zeitpunkt war ungünstig. Die KPCh-Führung der Provinz hatte keine Lust, den normalen Ablauf der großen politischen Treffen und Neujahrsfeiern zu unterbrechen. Ihr Hauptaugenmerk lag auf der Vorbereitung auf die «zwei Sitzungen» der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes und des Nationalen Volkskongresses in der Großen Halle des Volkes in Peking im März, dem wichtigsten Datum im Zeremonienkalender der chinesischen Politik. Der Virus war eine unwillkommene Ablenkung von der intensiven Sitzungsrunde und der politischen Arbeit. Wuhan liegt mehr als 1000 Kilometer von Peking entfernt. Die Provinz Hubei selbst ist so groß wie ein großes europäisches Land. Es bestand keine Notwendigkeit, das Zentrum einzubeziehen. Die Behörden in Wuhan und Hubei taten ihr Möglichstes, um die unbequeme Nachricht über ein neues Virus zu unterdrücken.

In den ersten Januartagen 2020 hatten Wissenschaftler in Laboren in ganz China Wind davon bekommen, dass ein neues Virus aufgetaucht war. Xi Jinping selbst scheint am 6. Januar informiert worden zu sein.<sup>1</sup> Trotz der Befürchtungen, dass in einem gefährlichen Maße eine Übertragung von Mensch zu Mensch stattfand, war das Zentrum nur langsam in der Lage, das ganze Ausmaß der Gefahr einzuschätzen. Es war mit seinem eigenen vollen Januar-Zeitplan beschäftigt. Xis Prioritäten waren die Kampagne, um Chinas Beamtschaft die kommunistischen Werte einzutrichern, und die Handelsgespräche mit Amerika. Am 8. Januar räumte der Leiter der chinesischen Seuchenkontrollbehörde seinem

amerikanischen Amtskollegen gegenüber ein, dass die Krankheit hochinfektiös sei, doch die lokale Regierung von Wuhan weigerte sich, die Alarmstufe zu erhöhen.<sup>2</sup> Nach der Entdeckung des ersten Falles außerhalb Chinas berief die Nationale Gesundheitskommission eine landesweite Telefonkonferenz ein, um Provinzbeamte zu alarmieren und «Anweisungen» aus Peking zu übermitteln. Wie diese Anweisungen lauteten, bleibt unklar. Obwohl Chinas Seuchenkontrollbehörde nun in höchster Alarmbereitschaft war, wurde die Öffentlichkeit nicht gewarnt. Die Ansteckung von Mensch zu Mensch war noch nicht bestätigt worden.<sup>3</sup> Um die Blockade zu überwinden, überredete Chinas Nationale Gesundheitskommission am 18. Januar Dr. Zhong Nanshan, einen vertrauenswürdigen Parteifreund und Helden des Kampfes gegen SARS, Wuhan persönlich zu besuchen. Was er dort vorfand – rasche Ansteckung von Mensch zu Mensch, Krankenhäuser, die mit der Situation überfordert waren –, ließ alle Alarmglocken schrillen. Am folgenden Tag konfrontierte Zhong im Zhongnanhai, dem ummauerten Gelände der KPCh in Peking, Premierminister Li Keqiang mit den Neuigkeiten. Xi war auf Tour im Südwesten Chinas, aber am 20. Januar sprach er aus der Ferne auf einer vom Staatsrat organisierten Fernsehsitzung und rief dazu auf, das Virus «ernst» zu nehmen. Wenige Stunden später bestätigte Dr. Zhong öffentlich, dass es eine Übertragung von Mensch zu Mensch gab. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Krankheit bereits in ganz China und in der ganzen Welt verbreitet.

Das Versagen bei dem Versuch, das Virus im Winter 2019/20 einzudämmen, erfolgte inmitten erhöhter Spannungen zwischen China und dem Westen. Seit 2017 hatten die chinesisch-amerikanischen Beziehungen zwischen Handelskrieg und Handelsfrieden hin und her geschwankt. Man war zunehmend besorgt über das Ausmaß von Pekings Einfluss außerhalb seiner Grenzen und der Repression im eigenen Land. Für Peking warf das Aufflammen der Massenproteste in Hongkong die Frage auf, wie lange es die der Stadt unter dem Prinzip «ein Land, zwei Systeme» gewährten Freiheiten tolerieren konnte. Vor diesem Hintergrund griffen die China-Skeptiker im Westen den Corona-Ausbruch begierig auf. Er war genau die Art von diskreditierendem Missgeschick, das sie seit langem für das Regime der chinesischen KP vorausgesagt hatten.

Die Analogie, die leicht zur Hand war, war Tschernobyl, der Atomunfall im Jahr 1986, der so viel dazu beigetragen hatte, das sowjetische



Regime zu diskreditieren.<sup>4</sup> Wie es der Zufall wollte, hatte der amerikanische Fernsehsender HBO im Mai 2019 ein fesselndes Dokudrama über die Tschernobyl-Katastrophe ausgestrahlt. Als die Corona-Krise Ende Januar eskalierte, bedienten sich Chinas «Netzbürger» der Filmkritikseiten, um die offensichtliche Analogie herzustellen.<sup>5</sup> Der liberale Akademiker Xu Zhangrun, der Xis persönliche Herrschaft öffentlich kritisiert hatte und dafür gemaßregelt worden war, veröffentlichte nun einen Artikel, in dem er das politische System der KPCh anprangerte, das unter dem Gewicht seiner eigenen «Tyrannei» zusammenbreche. Eine Regierung von Bürokraten sei «ins Trudeln geraten». Xis Wende zur Ein-Mann-Herrschaft habe die Uhr zurückgedreht. «Der Schlamassel in Hubei ist nur die Spitze des Eisbergs, und es ist in jeder Provinz das Gleiche», meinte Xu.<sup>6</sup> Es sei also nur eine Frage der Zeit, bis das kommunistische Regime seine Quittung bekommen werde.

Xu sollte für seinen Wagemut mit Entlassung und Hausarrest bezahlen. Aber noch schlimmer war: Seine Prophezeiung des umfassenden Regimeversagens wurde widerlegt. Was den Westen betrifft, so sollte ihn die Gleichsetzung Wuhans mit Tschernobyl teuer zu stehen kommen. Wuhan war kein Provinznest weit hinter dem Eisernen Vorhang. Es war eine globalisierte Megastadt, und deshalb war der Ausbruch so gefährlich. Über die Feiertage verließ etwa die Hälfte der Bevölkerung Wuhans die Stadt, um Familie und Freunde zu besuchen. Das bedeutete fünf Millionen Reisende, die die Infektion per Auto, Hochgeschwindigkeitszug und Flugzeug nicht nur in den Rest Chinas, sondern in die ganze Welt verbreiteten.<sup>7</sup> Im Januar verließen allein 15 000 chinesische Touristen den internationalen Flughafen von Wuhan in Richtung Japan.<sup>8</sup> Innerhalb weniger Wochen wurden Fälle in 25 Ländern gemeldet, der erste in Thailand.

Angesichts der Infektiosität von SARS-CoV-2 war das eine absolut drängende Gefahr, die keinen Aufschub duldete. Peking erkannte das. Der Westen tat das nicht. In China hätte ein Versagen der öffentlichen Gesundheit in der Größenordnung von Italien, Großbritannien oder den Vereinigten Staaten weit über eine Million Menschenleben gekostet. Wäre das politische Management der Krise in Peking genauso stümperhaft gewesen wie in Washington oder London, hätte das Xis eisernen Zugriff auf die Macht erschüttern können. Aber das passierte nicht. China hat nicht nur keinen Zusammenbruch nach sowjetischem Vorbild

erlitten, sondern den Spieß umgedreht. In China, dem ersten Land, das mit der Seuche konfrontiert war, wurde die Bedrohung schnell eingedämmt, was Xis Regime die Freiheit und die Energie für weitere Maßnahmen verschaffte. In Europa, den Vereinigten Staaten und Lateinamerika geriet das Virus außer Kontrolle. Dieser grundlegende Unterschied setzte den Rahmen für alles andere, was im Jahr 2020 geschah.

## I.

Das Versagen bei der Seuchenbekämpfung in Wuhan im Januar 2020 rüttelte Peking auf. Risikomanagement war der Schlüssel zu Xis gesamtem Machtverständnis.<sup>9</sup> Xis persönliche Herrschaft basierte auf dem Argument, dass China in eine beispiellos ernste Periode von Herausforderungen eintrete, «wie es sie seit einem Jahrhundert nicht mehr gegeben hat», und diese Herausforderungen könnten nur mit einer entschlossenen Führung aus dem «Kern» der KPCh bewältigt werden.<sup>10</sup> Um diesen Bedrohungen zu begegnen, waren weitreichende Gegenmaßnahmen erforderlich, die von der Ausmerzungen der politischen Opposition bis zur Zählung des Immobilienbooms reichten. Die Erinnerungen an die gerade noch einmal gut gegangene Finanzkrise im Jahr 2015, als eine Billion Dollar an Reserven aus dem Land geflossen waren, waren noch frisch. Und das Regime erinnerte sich auch an SARS. Die Epidemie von 2003 hatte Peking erschüttert. Einige aus Xis Gefolge verdankten ihren Aufstieg zur Macht der anschließenden Säuberung innerhalb der Parteihierarchie.<sup>11</sup> Als der KPCh-Führung das Ausmaß des Ausbruchs in Wuhan endlich dämmerte, handelten die Kader um Xi rücksichtslos und rasend schnell.

Im Westen behauptet man gern, Chinas drakonische Maßnahmen seien wohlbekannt Instrumente aus dem Werkzeugkasten der KPCh. Aber das verkennt die chinesischen Realitäten und unterschätzt Pekings Wagemut. Für den in Wuhan angeordneten Lockdown gab es keinen Präzedenzfall in der jüngeren chinesischen Geschichte. Im Jahr 2003 wurden 4000 Einwohner Pekings, die mit SARS infiziert waren, in Isolation gehalten, und 300 Studenten wurden zwei Wochen lang in einem Militärlager interniert.<sup>12</sup> Das war nichts im Vergleich zur Abriegelung

einer ganzen Stadt mit elf Millionen Einwohnern, geschweige denn einer Provinz oder eines Landes.<sup>13</sup>

Peking wurde von der lokalen Regierung in Wuhan oder der Provinz Hubei nicht dazu ermutigt. Wie Zeng Guang, Chef-Epidemiologe des chinesischen Zentrums für Seuchenkontrolle und -prävention, gegenüber der offiziellen *Global Times* bemerkte: «[Lokale Regierungen] nehmen eine politische Perspektive ein und denken in erster Linie an die gesellschaftliche Stabilität, die Wirtschaft und daran, ob die Menschen das Neujahrsfest glücklich genießen können.»<sup>14</sup> Auch westliche Experten waren skeptisch ob der Möglichkeiten, eine ganze Stadt abzuriegeln. Es war in ihren Augen nicht praktikabel und verstieß gegen die Menschenrechte.<sup>15</sup> Unpassenderweise suchten sie in der Geschichte nach Belegen und behaupteten, stadtweite Quarantänen hätten in den Jahren 1918/19 nicht funktioniert. Sie wiesen auch darauf hin, dass in Liberia der Einsatz von *cordons sanitaires* zur Eindämmung von Ebola zu gewaltsamen Unruhen geführt habe.

Unabhängig von der Relevanz dieser Beispiele für China im Jahr 2020 war ein totaler Lockdown nicht die erste politische Option, die der chinesischen Führung von Zhong und seinem Team präsentiert wurde. Es handelte sich um eine Empfehlung, die wahrscheinlich von Premier Li Keqiang und dem Staatsrat ausgearbeitet wurde, bevor sie Xi vorgelegt wurde.<sup>16</sup> Die radikale Entscheidung spiegelt nicht nur die autoritären Neigungen des Regimes und die zunehmenden Hinweise auf eine außer Kontrolle geratene Epidemie wider, sondern auch die Tatsache, dass Peking das neuartige Coronavirus von Anfang an durch die Linse von SARS oder MERS betrachtete. Anders als im Westen stand nie zur Debatte, SARS-CoV-2 mit der Grippe zu verwechseln. Die Krankheit unkontrolliert durch die Bevölkerung laufen zu lassen, um eine «Herdenimmunität» zu erreichen, wurde als Option nicht in Betracht gezogen. Für Peking war es undenkbar, «der Natur ihren Lauf zu lassen», denn man war darauf bedacht, «Output-Legitimität» zu liefern.<sup>17</sup> Zum eigenen Nachteil fiel es den europäischen und amerikanischen Politikern deutlich schwerer, sich vom kaltblütigen Kalkül des Grippe-Paradigmas zu lösen.

Am 22. Januar entschied sich die chinesische Führung für einen landesweiten Shutdown, und am 25. Januar setzte ein im Fernsehen übertragenes Treffen der Führungsspitze die gigantische Staatspartei-

Maschinerie in Gang. Nach dem chinesischen Neujahrsfest wurde der Urlaub bis Sonntag, den 2. Februar, verlängert, und wichtige Wirtschaftszentren wie das Finanzzentrum in Shanghai erklärten, dass die Geschäfte erst am 9. Februar wieder aufgenommen würden, der Schulunterricht erst am 17. Februar. Bis Anfang Februar hatten 14 Provinzen und Städte, in denen fast 70 % der Bevölkerung leben, einen Shutdown vollzogen. Die chinesische Wirtschaft, die zweitgrößte der Welt und wichtigster globaler Wachstumsmotor, wurde stillgelegt.

Einige Eindämmungsmaßnahmen waren Hightech. In Shanghai mussten sich Reisende vor dem Verlassen des Bahnhofs oder des Flughafens bei einer App zur Kontaktnachverfolgung anmelden.<sup>18</sup> Wenn man sich nicht an seine eigenen Bewegungen erinnern konnte, reichte eine kurze SMS an einen der Mobilfunkanbieter, um eine Liste zu erhalten. Die Provinz Yunnan installierte QR-Codes an allen öffentlichen Plätzen, so dass sich die Leute beim Betreten selbst scannen konnten.<sup>19</sup> In den meisten Teilen Chinas funktionierte die Kontrolle über «händische» Methoden, die von Nachbarschaftskomitees geleitet und durch das «Grid-Management»-System des Regimes aus lokalen Parteiorganisationen unterstützt wurden. Dieses System war ein Schwerpunkt der jüngsten Bemühungen der KPCh gewesen, ihren Einfluss auf Chinas wachsende neue Megastädte zu festigen.<sup>20</sup> Im Jahr 2020 zahlte sich diese Investition in das, was als «soziale Verwaltungsinnovation» bezeichnet wurde, aus.

Die Provinz Zhejiang, an der Südküste Chinas gelegen, ist der Ort, an dem sich Xi als Provinzbeamter einen Namen gemacht hatte. Sie hatte eine Bevölkerung von fast 60 Millionen und beschäftigte 330 000 «grid workers». Hubei verfügte über 170 000 solcher «Gitternetzarbeiter», Guangdong über 177 000. Sichuan mobilisierte 308 000, und in der Megastadt Chongqing überwachten 118 000 «grid workers» jeden Stadtteil. Das entspricht in der Dichte der Abdeckung einer Großstadtpolizei in den USA.<sup>21</sup> In Zusammenarbeit mit den Hausverwaltungsfirmen, die Chinas private Wohnkomplexe betreuen und in deren Diensten Millionen von Parteimitgliedern stehen, verwandelten sie jeden Wohnkomplex in eine Lockdownzone.<sup>22</sup>

Ziel war es, infizierte Menschen ausfindig zu machen und sie unter Quarantäne zu stellen. Als Unterstützungsmaßnahme verboten die Behörden in Hangzhou den Apotheken den Verkauf von Schmerzmitteln.

Das sollte die Bürger von einer Selbstmedikation abhalten und sie zwingen, sich im Krankenhaus behandeln zu lassen. Die Küstenstadt Wenzhou 900 Kilometer südöstlich von Wuhan gestattete Familien lediglich eine Einkaufsfahrt alle zwei Tage durch ein Familienmitglied. Autobahnen wurden geschlossen. Im Bezirk Poyang in Jiangxi griffen die örtlichen Behörden zu dem einfallsreichen Mittel, alle Ampeln dauerhaft auf Rot zu schalten.<sup>23</sup>

Ein europäischer Beobachter kommentierte das mit den Worten: «Jede Stadt hat sich in ein kleines Alamo verwandelt.»<sup>24</sup> In der Woche ab dem 3. Februar ging der tägliche Passagierverkehr in Chinas Eisenbahnnetz um rund 75 % zurück.<sup>25</sup> Shoppingzentren und beliebte Einkaufsviertel leerten sich. Starbucks schloss die Hälfte seiner Filialen. Ikea wurde im ganzen Land geschlossen. Für Chinas Restaurant-, Tourismus- und Filmindustrie bedeutete es den Verlust der umsatzstärksten Tage im ganzen Jahr. Man schätzt, dass das Verbot von Neujahrsbanketten Chinas Restaurantbranche in einer einzigen Woche 144 Milliarden Dollar gekostet hat.<sup>26</sup>

Auch Fabriken wurden geschlossen, darunter die prestigeträchtigen Produktionsstätten westlicher Markennamen. In Suzhou, wo der iPhone-Hersteller Foxconn, Johnson & Johnson und Samsung Electronics ihre Werke konzentriert haben, wurden die Wanderarbeiter aufgefordert, nicht zurückzukehren. Tesla schloss seinen Betrieb in Shanghai auf Verlangen der lokalen Behörden, ebenso wie GM, Toyota und Volkswagen.<sup>27</sup> Nissan und die französischen Autokonzerne PSA und Renault kündigten an, sie wollten ihre ausländischen Mitarbeiter evakuieren.<sup>28</sup>

Doch der Lockdown betraf nicht nur große Städte oder renommierte Weltunternehmen. Eine Telefonumfrage eines Forscherteams aus Stanford ergab, dass sich jedes einzelne ländliche Dorf, das sie in China kontaktierten, abgeschottet hatte. «Es ist wie in Europa im Mittelalter», sagte Jörg Wuttke, der Präsident der Europäischen Handelskammer in China, «jede Stadt hat ihre Kontrollen und Gegenkontrollen.»<sup>29</sup> Auf dem Land brauchten die Einheimischen nur ein paar Lastwagen oder Benzinfässer, um Straßen abzuriegeln. Sie würden Reisende ansprechen, die passieren wollten. Ein vertrauter Dialekt genügte, um die Weiterfahrt zu sichern. Alle anderen mussten warten.

## II.

In Wuhan selbst war die erste volle Woche des Stillstands die chaotischste Zeit. Ein Team von 40 000 Bauarbeitern schuftete Tag und Nacht, um zwei Notfallkrankenhäuser fertigzustellen, von denen das erste, das Huoshenshan-Krankenhaus («Feuergott-Berg-Krankenhaus»), am 4. Februar seinen Betrieb aufnahm. Aber da die Fallzahlen nicht richtig gehandhabt wurden, ließ man schwerkranke Patienten daheim in ihren Häusern sterben. Erst am Sonntag, dem 2. Februar, wurde ein neues System zur Einteilung und Isolierung von vier Kategorien von Patienten eingeführt. Dadurch wurde es möglich, bestätigte Fälle und Verdachtsfälle schnell von ihren Familien zu isolieren und die Übertragung zu begrenzen. Noch wusste es niemand, aber China hatte eine Methode gefunden, die Krise zu bewältigen.

Am 3. Februar gab Xi dem Politbüro einen detaillierten Bericht über das, was nun als Chinas «Volkskrieg» gegen das Virus proklamiert wurde.<sup>30</sup> Das mag ein mitreißender Schlachtruf gewesen sein, der Erinnerungen an die Mao-Ära wachrief, aber die Börse in Shanghai brauchte etwas Überzeugung. Als die Händler am ersten Handelstag nach dem chinesischen Neujahrsfest ihre Terminals einschalteten, ging man allgemein davon aus, dass die Käufe des «Nationalteams» – einer Gruppe führender Banken, Versicherer und Fondsmanager – den Markt stützen würden.<sup>31</sup> Doch obwohl die People's Bank of China den Händlern Kredite in Höhe von 171 Milliarden Dollar zur Verfügung stellte, verkaufte die Märkte. Die Shanghaier Börse verlor an einem einzigen Tag 7,9 %.<sup>32</sup> Es war der schlimmste Handelstag seit der Krise im August 2015.<sup>33</sup>

In Wuhan und Hubei war die Lage katastrophal, und Chinas Medien vertuschten diese Tatsache keineswegs. Die medizinischen Zentren der Corona-Bekämpfung waren düstere Orte, sie glichen eher Lagerhäusern als Krankenhäusern. Die Ärzte kämpften vergeblich gegen eine Welle des Todes.<sup>34</sup> Unter den Opfern waren auch Ärzte selbst. Dr. Li Wenliang hatte zu den Ersten gehört, die vor der Krankheit warnten, ein Schritt, für den er von den lokalen Behörden mit Disziplinarmaßnahmen bedroht wurde. Anfang Februar war Li schwer erkrankt und teilte auf Weibo Fotos von sich, wie er nach Luft rang. Sein Tod am 6. Februar war ein PR-Desaster. Der Hashtag «#Die Regierung von Wuhan schuldet Li

Wenliang eine Entschuldigung» wurde 180 Millionen Mal aufgerufen, bevor er von der Zensur blockiert wurde.<sup>35</sup>

Die Verärgerung über den falschen Umgang des Regimes mit der Pandemie schlug schnell in allgemeinere politische Forderungen um. Am Freitag, dem 7. Februar, forderte ein offener Brief von Professoren der angesehenen Universität von Wuhan die Behörden auf, die in Chinas Verfassung garantierte Meinungsfreiheit zu respektieren. Ein weiterer Brief, der von führenden Intellektuellen an den Nationalen Volkskongress gerichtet wurde, begann mit der Erklärung: «Wir verlangen, dass ab heute kein chinesischer Bürger wegen seiner oder ihrer Meinungsäußerung von irgendwelchen staatlichen Stellen oder politischen Gruppen bedroht werden sollte ... Der Staat muss sofort aufhören, soziale Medien zu zensieren und Konten zu löschen oder zu sperren.»<sup>36</sup> Nur Wochen zuvor war Xis Autorität noch unanfechtbar gewesen. Jetzt waren die Zensoren bemüht, Internetnutzer daran zu hindern, Textzeilen aus «Do you hear the people sing», der Titelmelodie von *Les Misérables*, zu posten, die kürzlich von Demonstranten in Hongkong als Hymne des Widerstands übernommen worden war.

Der 7. Februar war der Moment, in dem die Autorität der KPCh am vehementesten in Frage gestellt wurde. Aber er war auch der Wendepunkt in der Reaktion der Regierung. Die aufflammenden Proteste wurden mit harter Repression beantwortet. Die Zensur lief auf Hochtouren. Beiträge in den sozialen Medien wurden schnell gelöscht. Lokale Reporter aus Wuhan, die es wagten, kritische Videos online zu stellen, verschwanden. Xu Zhangrun wurde unter Hausarrest gestellt und von der Außenwelt isoliert.<sup>37</sup>

Der Sicherheitsapparat der KPCh ist massiv, aber die Repression war vor allem auch deshalb so effektiv, weil sie mit Erfolgen bei der Eindämmung der Epidemie verbunden war. Bis Mitte Februar sind, soweit wir das aus den verfügbaren Daten beurteilen können, die Coronafallzahlen in ganz China eingebrochen. Das bedeutete, dass Peking eine große Epidemie in einer Provinz, Hubei, mit den Ressourcen einer Nation von 1,4 Milliarden Menschen bekämpfte. Unter Führung des Militärs konnten über 40 000 medizinische Mitarbeiter zusammengezogen werden, die sich zunächst auf die Stadt Wuhan und dann auf den Rest der Provinz konzentrierten.<sup>38</sup>

Die Eindämmung der Ausbreitung war entscheidend, um diese

strategische Flexibilität zu erlangen. Ein Schlüssel in diesem Kampf war Peking. Während der SARS-Epidemie im Jahr 2003 hatten die städtischen Behörden in der Hauptstadt versagt. Bis zum 10. Februar 2020 gab es in Peking 337 bestätigte COVID-19-Fälle, dazu viele weitere Verdachtsfälle. Sollte das normale Leben nach den Feiertagen wieder aufgenommen werden, befürchteten die Behörden, dass 600 000 Bewohner und Arbeiter mit dem Zug und 140 000 mit dem Flugzeug zurückkehren und für einen Anstieg der Neuinfektionen sorgen würden.<sup>39</sup> Um eine Katastrophe zu verhindern, begannen die Pekinger Stadtbehörden mit einer umfassenden Desinfektionsaktion und führten eine «No outsiders»-Politik ein, also niemand Fremden in die Stadt zu lassen. Um ein Gefühl der Ruhe zu vermitteln, begab sich Xi am Montag, dem 10. Februar, persönlich auf eine Tour durch die Hauptstadt. Die Botschaft war klar: Außerhalb von Hubei kehrte China zur Normalität zurück.

### III.

Mitte Februar war die Krise aus Pekings Sicht von einem Extrem ins andere gekippt. Das Problem war nicht, dass andere Provinzen ähnlich wie Hubei bei der Kontrolle der Krankheit versagten, sondern dass die lokalen Beamten, getrieben von der Angst vor einem weiteren Versagen, überreagierten. Der Stillstand hatte eine Eigendynamik gewonnen und drohte den Wachstumsmotor der chinesischen Wirtschaft zu lähmen. Große Wirtschaftszentren wie Shanghai, Zhejiang, Jiangsu und Guangdong wurden durch umfassende Schulschließungen und Einschränkungen für Wanderarbeiter eingefroren. Kleinere Städte verlangten zweiwöchige Quarantänen für Lkw-Fahrer, die Ladungen in den von COVID betroffenen Städten abholten oder diese lediglich passiert hatten. Derweil wägten prominente Weltkonzerne wie Foxconn und VW die Risiken eines zu frühen Neustarts ab.<sup>40</sup> Niemand wollte sich auf der Anklagebank wiederfinden, konfrontiert mit dem Vorwurf, die nationale Gesundheit zu gefährden. In Shanghai, einem der großen Drehkreuze der Weltwirtschaft, meldeten die städtischen Behörden bis zum 10. Februar, dass nur 70 % der lokalen Fabriken ein Interesse an der Wiederaufnahme der Produktion angemeldet hatten, geschweige denn eine



Erlaubnis dafür erhalten hatten. Wie der Präsident der Amerikanischen Handelskammer in China anmerkte, wollten die Arbeitgeber «die Mitarbeiter schützen, aber niemand will auch ins Abseits geraten, wenn es um das Arbeitsrecht oder die täglichen Ankündigungen der Regierung geht». <sup>41</sup>

Was das Zentrum beunruhigte, waren nicht mehr das Fehlverhalten und Zaudern im Stil von Hubei, sondern die zentrifugalen Tendenzen, die durch übereifriges Handeln auf lokaler Ebene ausgelöst wurden. Es war bezeichnend, dass das Generalbüro des Staatsrats es für angebracht hielt, eine Bekanntmachung herauszugeben, die «die willkürliche Schließung von Hochgeschwindigkeitsstraßen, die Blockierung wichtiger Provinzstraßen, die zwangsweise Quarantäne von Dörfern, das Aufgraben von Dorfstraßen und die Behinderung von Rettungsfahrzeugen» strikt untersagte. <sup>42</sup> Aber auch wenn Peking die Dinge wieder in Gang bringen wollte, waren die lokalen Parteikomitees nicht leicht zu überzeugen. Natürlich war es wichtig, den Fluss von Waren und Menschen wieder zu erleichtern, aber niemand wollte für ein weiteres Wuhan verantwortlich gemacht werden. Angesichts der Forderungen Pekings, sich an die Regeln zu halten, vertraten die lokalen Parteifunktionäre den Standpunkt, dass «Seuchenbekämpfung frei sein sollte von abstrakten, bisweilen pedantischen Debatten über Rechtsgrundsätze». Für Peking war es einfach, die Schwerfälligkeit auf lokaler Ebene zu kritisieren. Sie würden am Ende nicht den Kopf hinhalten müssen, wenn die Epidemie wieder außer Kontrolle geriet. Ja, einige Quarantänemaßnahmen mochten hart sein, aber Fehlentwicklungen und Missstände ließen sich später wieder korrigieren. Vorrangig war, jetzt zu handeln, und zwar schnell. Wenn Peking die dadurch verursachten Einschränkungen nicht gefielen, sollte man sich dort eben «etwas Besseres» einfallen lassen. <sup>43</sup>

Das Plädoyer für Strenge war umso leichter zu halten, als der Schmerz vor allem Außenseiter betraf. Chinas riesiges Heer von Wanderarbeitern, 291 Millionen Menschen stark, machte ein Drittel der gesamten Erwerbsbevölkerung von 775 Millionen aus. Im Kampf um die Rückkehr zur Arbeit standen sie vor «drei Toren»: dem «lokalen Ausreisitor», dem «Verkehrstor» und schließlich dem «Quarantänetor» am Zielort. <sup>44</sup> Für diejenigen, die irgendeine Verbindung zu Hubei hatten, war die Sache hoffnungslos. In Peking drohte Familien aus Hubei die Zwangsvertreibung aus Mietwohnungen. Das örtliche Einwohnerkomitee begann damit,

Wohnungen zu kennzeichnen, von denen bekannt war, dass sie von Menschen mit Verbindungen zur betroffenen Provinz bewohnt wurden. Lokale Aktivisten boten Belohnungen in Höhe von 500 Yuan (umgerechnet rund 65 Euro) für Informationen über Personen an, die aus Hubei stammten oder möglicherweise Kontakte nach Hubei hatten. Unglücklicherweise war es für die fraglichen Personen so, dass der Akzent dieser Provinz unüberhörbar ist. Hinzu kam, dass jeder Personalausweis die Herkunftsprovinz einer Person verzeichnet.<sup>45</sup> Zwar gab es Verlautbarungen von oben, die jede Diskriminierung untersagten, aber sie wurden ignoriert.

Mitte Februar bestätigten offizielle Zahlen, dass von den 290 bis 300 Millionen Wanderarbeitern, die normalerweise aus den Ferien zurückkommen sollten, nur 80 Millionen an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt waren. Weitere 120 Millionen wurden bis zum Ende des Monats erwartet, so dass ein Drittel immer noch arbeitslos war.<sup>46</sup> Die Auswirkungen auf die Wirtschaftstätigkeit waren unbestreitbar.<sup>47</sup> Mitte Februar war der Passagierverkehr um 85 % gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen, und der tägliche Kohleverbrauch bei sechs großen Stromerzeugern sank um 43 %. Während der Himmel über den großen urbanen Zentren aufklarte, brachen Chinas CO<sub>2</sub>-Emissionen ein.<sup>48</sup>

Vor diesem Hintergrund bemerkte Xi auf seiner Inspektionsreise durch Peking am 10. Februar, dass es vorrangig darum gehe, «große Entlassungen» zu vermeiden, und die lokalen Verwaltungen müssten die Gesetze einhalten.<sup>49</sup> Staatliche Medien zitierten Xi mit den Worten, es sei notwendig, «Überreaktionen [auf die Epidemie] zu korrigieren und einen zu simplen Ansatz zu vermeiden, der pauschale Schließungen oder Aussetzungen von Geschäften beinhaltet».<sup>50</sup> Doch selbst das staatliche Planungsministerium erkannte, dass Flexibilität erforderlich war, und überließ es den Provinzen und Städten, die Arbeit «nach eigenem Ermessen, basierend auf der Ausbreitung des Virus», wieder aufzunehmen.<sup>51</sup> Am 17. Februar meldete die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua, es hätten Diskussionen über die Verschiebung der «zwei Sitzungen» begonnen.<sup>52</sup> Ein Drittel der nationalen Abgeordneten waren zugleich auch lokale Regierungsbeamte, und sie hatten alle Hände voll zu tun.

Das wohl augenfälligste Beispiel für die Dilemmata, die mit dem Management des Lockdowns verbunden waren, war Foxconn, das tai-

wanesische Unternehmen, das für die Montage von 40 % der Apple-iPhones weltweit verantwortlich ist. Bei voller Auslastung beschäftigte das riesige Werk in Zhengzhou in der Provinz Henan 200 000 Mitarbeiter. Arbeiter, die von außerhalb der Stadt zurückkehrten, mussten unter Quarantäne gestellt werden, und Foxconn verfügte nicht über genügend Schlafräume, um sie unterzubringen.<sup>53</sup> Ein Stillstand von Apples wichtigstem Produktionsstandort war nicht nur für das Unternehmen ein Grund zur Sorge. Am 21. Februar warnte Präsident Xi selbst vor dem wachsenden Risiko für Chinas Status als globaler Zulieferer. Angesichts eines feindseligen Umfelds war es für China, wenn es seine Stellung als bevorzugter Zulieferer behalten wollte, entscheidend, zu zeigen, dass es die Produktion so schnell wie möglich wieder aufnehmen konnte.<sup>54</sup>

Um die Risiken in den Griff zu bekommen, begann Foxconn, die Art von Regime zu installieren, die sich bald über die gesamte Welt ausbreiten sollte. Arbeiter aus Hochrisiko-Provinzen mussten sich 14 Tage lang in Selbstquarantäne begeben. Wer aus Regionen mit mäßigem Risiko kam, musste einen einwandfreien Gesundheitszustand nachweisen, bevor er oder sie zur Arbeit zurückkehren durfte. Foxconn rekrutierte seine Beschäftigten fortan vor allem aus der Provinz Henan, wo das Virus nur geringfügig aufgetreten war.<sup>55</sup> Um die Lastwagen wieder ins Rollen zu bringen, wurden überall in China die Mautgebühren auf Autobahnen ausgesetzt.<sup>56</sup> Doch 90 % der Lkw-Fahrer in den Hafenstädten Shanghai und Ningbo waren immer noch nicht zur Arbeit zurückgekehrt.<sup>57</sup> Produktionszentren wie die Küstenprovinz Zhejiang waren so verzweifelt, dass sie auf Sondertransporte setzten. Im Fernsehen wurden Schlangen von lächelnden, fähnchenschwenkenden Arbeitern gezeigt, die in gecharterte Hochgeschwindigkeitszüge stiegen.

Einen Monat nach dem Vorstoß für einen allgemeinen Lockdown wandte sich Präsident Xi am Sonntag, dem 23. Februar, in einer Ansprache an die chinesische Führung.<sup>58</sup> Von allen Telefonkonferenzen und Zoom-Meetings, die im Jahr 2020 weltweit stattfanden, war dies sicherlich die spektakulärste. Nicht weniger als 170 000 Kader, jede Bezirksregierung und jedes Militärregiment im ganzen Land nahmen daran teil. Sämtliche Daten zeigten, dass die Zahl der Fälle rapide sank. Es war an der Zeit, einen anderen Gang einzulegen. Xi, so meinte die *South China Morning Post*, läutete die «Alarmglocke für Chinas Wirtschaftswachstum». Das soziale und wirtschaftliche System des Landes «kann nicht

lange stillgelegt werden». Da das Virus zurückgedrängt wurde, lag der Schwerpunkt nun auf der Wiederaufnahme der Produktion. Statt über Neuinfektionen zu berichten, wurden die Beamten angehalten, die Rate der Wiedereröffnungen zu melden. Xis eigene Machtbasis, die Provinz Zhejiang, marschierte dabei voran. 90 % der großen Industriebetriebe waren wieder in Betrieb genommen worden, wenn auch mit geringer Kapazität.<sup>59</sup>

Wie Xi sagte, könne die Krise einen «schweren Schlag für Chinas wirtschaftliche und soziale Entwicklung» bedeuten. «Doch in einer solchen Zeit ist es umso wichtiger, Chinas Entwicklung in einer umfassenden, dialektischen und langfristigen Perspektive zu betrachten und das Vertrauen zu stärken und zu festigen.» Die Betonung liege nun auf Selektivität und Disziplin. Etwa die Hälfte der chinesischen Bezirke hatte keine Coronafälle. Dort sollten «die Verhinderung importierter Fälle und die umfassende Wiederherstellung der Produktions- und Lebensordnung» Vorrang haben. In Regionen mit mittlerem Risiko sollte die Priorität ebenfalls darauf liegen, «die Wiederaufnahme von Arbeit und Produktion in geordneter Weise zu fördern, basierend auf der epidemiologischen Lage vor Ort». In Regionen mit hohem Risiko sollte der Lockdown fortgesetzt werden.<sup>60</sup> Die Botschaft hinter diesen formelhaften Bemerkungen war klar. Die zentrale Führung der KPCh wollte wieder die Kontrolle übernehmen.

Am Montag, dem 24. Februar, lobte die WHO wie bestellt Chinas Bemühungen zur Viruseindämmung und erklärte, dass der Moment der größten Gefahr vorüber sei.<sup>61</sup> Als Reaktion auf Xis Aufruf senkte das Fabrikzentrum Guangdong seine Einstufung als Notstandsgebiet für die öffentliche Gesundheit, und Shanxi, Guansu, Liaoning, Guizhou und Yunnan taten dasselbe.<sup>62</sup> Die Provinzregierung forderte die lokalen Beamten auf, «dem Werk der Foxconn Technology Group in Zhengzhou dabei zu helfen, die Arbeit wiederaufzunehmen». Arbeiter aus sicheren Gebieten wurden zurück an die Arbeit gedrängt. Gesundheitserklärungsformulare wurden abgestempelt, die Körpertemperatur gemessen und die Arbeiter für gesund erklärt. In mindestens einem Fall begleitete eine Polizeieskorte die Buskonvois direkt zu den Werkstoren. In der Zwischenzeit bot Foxconn Konkurrent Pegatron Bonuszahlungen in Höhe von 10 000 Yuan an, um Arbeiter zurück in seine Fabrik in Shanghai zu locken.

Nicht jeder war in der Lage, das zu tun. Trotz Xis Aufruf, zur Arbeit zurückzukehren, hatten bis Ende Februar selbst in den aktivsten Provinzen nur schätzungsweise 30 % der kleinen und mittleren Unternehmen wieder geöffnet, während es bei den großen Industrieunternehmen 60 % waren.<sup>63</sup> Obwohl sich die Aufmerksamkeit zumeist auf Firmen wie Foxconn und die riesigen Staatskonzerne richtet, machen kleine und mittlere Unternehmen, die sich fast alle in Privatbesitz befinden, 99,8 % der registrierten Unternehmen in China aus und beschäftigen fast 80 % der Arbeitskräfte. Zusammen trägt diese riesige Menge an kleinen Unternehmen mehr als 60 % zum Bruttoinlandsprodukt und mehr als die Hälfte aller Steuereinnahmen bei.<sup>64</sup> Sie waren vom Lockdown hart getroffen worden. Während die Industrieproduktion schnell wieder ansprang, hinkte der städtische Massenkonsum das ganze Jahr über hinterher. Das Bankensystem wurde angewiesen, Kredite zu möglichst großzügigen Konditionen zu vergeben. Leider war, wie Premier Li Keqiang einräumte, die große Mehrheit der kleineren Firmen nicht vollständig in das Finanzsystem eingebunden. Nur ein Fünftel von Chinas riesiger Menge an Kleinunternehmen hatte jemals einen Bankkredit beantragt und erhalten.<sup>65</sup> Sie waren mit den Stimuli der Zentralregierung nicht so einfach zu erreichen. Ihr Überleben hing von der allgemeinen wirtschaftlichen Erholung und der Wiederherstellung des normalen Lebens ab, und das war immer noch in der Schwebe.

Der beste allgemeine Indikator für den Gesundheitszustand einer Wirtschaft ist die Beschäftigungs- und Arbeitslosenquote. Chinas offizielle Arbeitslosenstatistik zeigte während der Krise einen winzigen Anstieg von nur 5,3 auf 6 %. Doch das Arbeitslosenversicherungssystem deckt nur die Hälfte der städtischen Arbeitskräfte und ein Fünftel der Wanderarbeiter ab. Trotz der konzertierten Bemühungen, die Produktion wieder anzukurbeln, waren im März 2020 von der normalen Erwerbsbevölkerung von 174 Millionen Fernwanderarbeitern nur 129 Millionen bei der Arbeit.<sup>66</sup> Das bedeutete einen Verlust von mindestens 45 Millionen Arbeitsplätzen. Berücksichtigt man die Wanderarbeiter, die in den offiziellen Daten nicht mitgezählt werden, lag die Zahl im März wahrscheinlich eher bei 80 Millionen verlorenen Jobs. Sogar das offizielle Statistikamt war bereit zuzugeben, dass am schlimmsten Punkt der Krise die Zahl der beschäftigungslosen Menschen in Chinas Städten 18,3 % betrug. Nach sorgfältiger Durchsicht der Daten kamen die Ana-

lysten von BNP Paribas zu dem Schluss, dass bis zu 132 Millionen Arbeiter entweder vorübergehend arbeitslos, entlassen oder beurlaubt waren, was 30 % der städtischen Arbeitskräfte Chinas wären.<sup>67</sup> Diese Zahlen sind Schätzungen, und Peking tat sein Möglichste, um jede eingehendere Diskussion über die soziale Krise zu unterdrücken. Klar ist nur, dass die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt gigantisch waren, weit schlimmer als die Rezession von 2008 oder die SARS-Epidemie von 2003.<sup>68</sup> Bis zu diesem Zeitpunkt war es der schlimmste Arbeitsmarktschock, den eine Volkswirtschaft in der Welt je erlebt hatte.

Am 25. Februar, zwei Tage nachdem Xi vor 170 000 loyalen Parteigenossen seine Rede gehalten hatte, sprach einer der meistbeachteten Indizes für das Geschäftsklima, der von einer der führenden Wirtschaftshochschulen Pekings erstellt wurde, sein Urteil. Auf der Indexskala bedeutet ein Wert von 50, dass sich die Wirtschaft im neutralen Bereich befindet. Im Januar lag dieser Wert bei bescheiden zuversichtlichen 56,2. Ende Februar war er auf 37,3 gesunken, was eine schwere Kontraktion anzeigt. Die Statistiker waren entsetzt. Wie Professor Li Wei bemerkte: «Wir waren psychologisch auf schlechte Ergebnisse vorbereitet ... aber die tatsächlichen Zahlen sind schlimmer, als wir uns das vorgestellt hatten.»<sup>69</sup>

#### IV.

Was China erlebte, war keine Explosion aus der Vergangenheit des Kalten Krieges, kein «Tschernobyl-Moment», sondern ein neuartiger und noch nie dagewesener sozialer und wirtschaftlicher Schock. Durch ihre nachdrückliche und effektive Reaktion kämpften das Regime und die chinesische Bevölkerung das Virus nieder. Aber dieser Erfolg hatte einen enormen Preis. In der ersten Hälfte des Jahres 2020 erlitt China den ersten schweren Rückschlag beim Wirtschaftswachstum seit Beginn der neuen Ära der wirtschaftlichen Transformation. Auch in der Schuldfrage gab es keinen Zweifel. Es war der erschreckend kurzsichtige Widerstand der Parteiführung von Hubei, der es ermöglicht hatte, dass sich das Virus so weit ausbreiten konnte, wie es das tat. Hatte SARS die KPCh schon 2003 diskreditiert, so war das jetzt eindeutig weitaus schlimmer. Trotz

der erfolgreichen Bekämpfungskampagne im Februar hätte die Corona-Krise 2020 leicht zu einer großen Belastung für Xis Regime werden können. Stattdessen wurde sie zu einem Anlass für das, was treffend als «Katastrophen-Nationalismus» bezeichnet wurde, zu einer Gelegenheit, kollektive Widerstandsfähigkeit unter Führung der Partei zu demonstrieren.<sup>70</sup>

Dieses Gemeinschaftsgefühl konnte sowohl nach außen als auch nach innen gerichtet werden. In einer globalisierten Welt hing die Beurteilung von Chinas Leistung entscheidend davon ab, wie der Rest der Welt mit dem Ausbruch des Coronavirus umging. Wären die Eindämmungsmaßnahmen in Europa und den Vereinigten Staaten effektiver gewesen und hätte nur China die volle Härte des Shutdowns durchmachen müssen, hätte Xis Autorität möglicherweise einen schweren Schlag erlitten. Das aber ist nicht passiert. Der Rest der Welt hat versagt, und als westliche Stimmen versuchten, mit dem Finger auf China zu zeigen, führte das lediglich dazu, dass sich das von der KPCh geförderte Gefühl der kämpferischen Kollektivität verfestigte. China hatte in der Tat einen hohen Preis bezahlt, aber der Erfolg der Bekämpfungsanstrengungen hielt die Gesamtrechnung in Grenzen und erlaubte es dem Regime, schnell die Kontrolle wiederzugewinnen. Die gesamte Episode konnte als Ausübung entschlossener Führung dargestellt werden, die das Volk sowohl in Bezug auf die öffentliche Gesundheit als auch mit Blick auf die Wirtschaft an die erste Stelle setzte. Als am 21. und 22. Mai 2020 schließlich die beiden Sitzungen in Beijing zusammenkamen, war die Geschichte, die das Regime zu erzählen hatte, die einer heroischen nationalen Erholung.<sup>71</sup> Das Versagen des Westens hatte der KPCh einen historischen Triumph beschert.

